

VERSCHWÖRUNGSDENKEN UND DIE ABWERTUNG UKRAINE-GEFLÜCHTETER IN DER SICH ZUSPITZENDEN ENERGIEKRISE

Analysen anhand des Erwerbspanels der Hans-Böckler-Stiftung

Andreas Hövermann

AUF EINEN BLICK

Der vorliegende Report analysiert anhand von Befragungsdaten des HBS-Erwerbspanels (N=6.234) vom April/Mai 2022 vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und der sich zuspitzenden Energiekrise Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen in Deutschland. Hierzu wird auf das Verschwörungsdenken und die Abwertung von geflüchteten Ukrainer*innen fokussiert.

Die Analysen zeigen hohe Zusammenhänge zwischen den beiden Phänomenen und größere Zustimmungsraten unter Befragten jüngeren Alters sowie unter Befragten mit niedrigem Schulabschluss oder geringem Haushaltseinkommen;

jedoch auch, dass die Phänomene keineswegs ausschließlich in diesen Populationen verortet werden können. Analysen früherer Einstellungen der Befragten ergeben, dass viele Zustimmende auch zuvor Verschwörungsdenken mit Bezug zur Pandemie teilten und gegen den Regierungskurs aufbegehrten.

Finanzielle Sorgen und Belastungen sowie ein geringes Vertrauen in politische Institutionen erweisen sich schließlich als hochrelevante Erklärungsfaktoren, die in Kombination einen bedeutenden Wirkmechanismus in der aktuellen Krise darstellen.

INHALT

Auf einen Blick	1
1 Einleitung	3
2 Hintergrund und Fragestellungen	3
3 Daten: das Erwerbspersonenpanel der Hans-Böckler-Stiftung	5
4 Messungen	6
4.1 Verschwörungsdenken	7
4.2 Abwertung Ukraine-Geflüchteter	7
5 Generelle Verbreitungen und Zusammenhänge	8
5.1 Verschwörungsdenken	8
5.2 Abwertung Ukraine-Geflüchteter	9
5.3 Zusammenhänge Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter	10
6 Verbreitungen in bestimmten Populationen	12
6.1 Verbreitungen nach soziodemographischen Faktoren	12
6.2 Verbreitungen nach Kombinationen von soziodemographischen Faktoren	17
6.3 Verbreitungen nach Ausmaß an Sorgen und Belastungen	18
6.4 Verbreitungen nach politischen und gesellschaftsbezogenen Einstellungen	21
7 Frühere Einstellungen und Sorgen	26
7.1 Impfstatus und Einstellungen zu pandemiebezogenen Grundrechteeinschränkungen	26
7.2 Verschwörungserzählungen in Bezug auf die Pandemie	28
7.3 Finanzielle Probleme während der Pandemie	31
8 Die Rolle der finanziellen Sorgen und der politischen Entfremdung in der Analyse des Wirk-Mechanismus	31
9 Zusammenfassung und Fazit	33
Literatur	36
Anhang	39

AUTORENSCHAFT



Andreas Hövermann

leitet das Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung.
andreas-hoevermann@boeckler.de

1 EINLEITUNG

Deutschland im Frühling 2022: Nachdem gerade ein weiterer langer Pandemiewinter hinter den Menschen liegt, blicken viele Menschen entsetzt und voller Sorge auf den gerade begonnenen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Nach der langen, zweijährigen Phase der Pandemie, die bei vielen extreme individuelle Belastungen ausgelöst hat und mit einem erheblichen Vertrauens- und Zufriedenheitsrückgang in politische Institutionen einherging (Hövermann/Kohlrausch 2022; Kohlrausch/Hövermann 2022), türmen sich die gegenseitig verstärkenden Krisen nur so auf – die Rede ist auch von „Klumpen Krisen“ (MDR 2022).

Der Kriegsbeginn in der Ukraine stellt auch in Deutschland eine Zäsur enormen Ausmaßes dar: In der unmittelbaren Folge steigen die Energiepreise rasant an und mit ihnen die allgemeine Inflationsrate, sodass das Leben für viele Menschen in Deutschland spürbar teurer wird. Gleichzeitig flüchteten innerhalb weniger Wochen rund fünf Millionen Menschen vor dem Krieg in der Ukraine – rund 600.000 davon allein nach Deutschland (Tagesschau 2022). Dies löste eine enorme Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft in Deutschland und anderen Ländern aus, die die Berichterstattung über die geflüchteten Menschen aus der Ukraine dominiert. Kurz darauf findet aber auch bereits eine politische Debatte über die Kostenverteilung statt, bei der deutlich wird, dass die Kosten für die Unterbringung und Integration der Schutzsuchenden im Milliardenbereich anzusiedeln sind (SZ 2022).

Auch Bundeskanzler Scholz spricht in seiner Regierungserklärung kurz nach Russlands Überfall auf die Ukraine von einer „Zeitenwende“ und verkündet erhebliche Sonderausgaben für die Bundeswehr. Der Umkehr der bisherigen Energieabhängigkeit Deutschlands von Russland wird politisch höchste Priorität zugewiesen, damit die Energieversorgung insbesondere in den kommenden kälteren Herbst- und Wintermonaten gesichert ist („Energiekrise“). Eilig geschnürte Entlastungspakete werden verkündet und sollen einerseits die Menschen in Deutschland von den Zusatzkosten entlasten und andererseits soziale Härten ausgleichen.

Zu diesem Zeitpunkt ist aber weder der Kriegsausgang – inklusive einer möglichen Ausweitung – noch das Ausmaß der anstehenden finanziellen Belastungen durch weitere Preissteigerungen abschätzbar, die Energieversorgung ist nicht gesichert und die Verunsicherung in der Bevölkerung entsprechend groß. Führende Politiker wie Wirtschaftsminister Robert Habeck oder der Vorsitzende der größten Oppositionspartei Friedrich Merz prägen zu dieser Zeit Sätze wie „Wir werden ärmer werden“ oder „der Höhepunkt unseres Wohlstandes liegt wohl hinter uns“, die die Bevölkerung auf schwerere Zeiten vorbereiten sollen.

In dieser angespannten gesellschaftlichen und politischen Lage wurde die achte Befragungswelle des Erwerbspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung erhoben, bei der dieselben Erwerbspersonen wiederholt zu ihren Sorgen, Belastungen und Einstellungen befragt wurden. Im Mittelpunkt des vorliegenden Berichts liegen nun zwei als anti-demokratisch und rechtspopulistisch einzustufende Phänomene: das Verschwörungsdenken in Bezug auf den Ukraine-Krieg und die Abwertung geflüchteter Menschen aus der Ukraine. Während insbesondere das auf die Pandemie bezogene Verschwörungsdenken und die enormen mit der Pandemie verbundenen Verunsicherungen größere Aufmerksamkeit erlangten und an Relevanz in Deutschland gewannen (vgl. z.B. CeMAS 2021; Lamberty/Rees 2021; Hövermann 2020, 2021), wird hier zusätzlich wegen der durch den Krieg ausgelösten Geflüchtetenbewegungen in einer Krisenzeit auf Einstellungen zu geflüchteten Menschen fokussiert.

Der vorliegende Report verfolgt dabei mehrere Ziele. Erstens wird zu einem frühen Zeitpunkt der Energiekrise überblicksartig das Ausmaß des Verschwörungsdenkens und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter in Deutschland nachgezeichnet. Zweitens werden besonders häufig zustimmende Populationen in der Bevölkerung herausgearbeitet. Dazu wird auch früheres Antwortverhalten der Befragten berücksichtigt. Drittens wird aufgrund der Energiekrise ein Fokus auf den Themenkomplex der finanziellen Sorgen und damit einhergehenden politischen Entfremdungserscheinungen als Erklärungsfaktoren gelegt. Hierfür wird nicht nur analysiert, ob diese Faktoren mit dem Verschwörungsdenken und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zusammenhängen, sondern wie dies in Kombination wirkt.

2 HINTERGRUND UND FRAGESTELLUNGEN

Im vorliegenden Bericht werden zwei Phänomene parallel betrachtet: zum einen das Verschwörungsdenken mit Bezug zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und zum anderen die Abwertung, Ablehnung und Zurückweisung Ukraine-Geflüchteter. Beide Phänomene können als anti-demokratische und demokratiegefährdende Ausdrucksweisen rechtspopulistischer Einstellungen betrachtet werden. Anti-demokratisch sind sie, da sie im Falle des Verschwörungsdenkens die Schwächung und Aushebelung demokratischer Institutionen anstreben und im Falle der Abwertungen ganzer Gruppen liberal-demokratischen Prinzipien der Gleichheit aller Bevölkerungsgruppen widersprechen und Bevölkerungsgruppen der Feindseligkeit aussetzen. Bereits in vergangenen Studien zeigte sich dann auch ein enger empirischer Zusammenhang

zwischen Verschwörungsglaube auf der einen Seite und rechtem Weltbild und abwertenden Einstellungen auf der anderen (Lamberty/Rees 2021; Häusler/Küpper 2019; Rees/Lamberty 2019; Pickel et al. 2020).

Das Verschwörungsdenken zeichnet sich zudem durch ein großes Misstrauen gegenüber Eliten – insbesondere auch politischen Eliten – aus und geht häufig mit dem Gefühl der Machtlosigkeit einher (vgl. Goertzel 1994). In zahlreichen Studien erwies es sich als eng mit einer rechtspopulistischen Parteipräferenz verknüpft und hoch korrelierend mit einer größeren Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft (z. B. Lamberty/Rees 2021; Rees/Lamberty 2019).

Inhaltlich geht diese enge Verbindung des Verschwörungsdenkens mit rechtspopulistischen Einstellungen darauf zurück, dass beide eine dualistisch, moralisch aufgeladene Sicht auf politische Machtverhältnisse teilen, da im Kern davon ausgegangen wird, dass es einen unüberwindbaren Gegensatz zwischen einer moralisch verkommenen, korrupten Elite und einem homogenen, tugendhaften Volk gibt (vgl. Mudde/Rovira Kaltwasser 2017). Beim Verschwörungsdenken kulminiert dies in der Vorstellung, dass sich Regierungseliten nicht mehr um die Interessen des in seinen Werten und politischen Zielen geeinten „Volkes“ kümmert, weil sie in Wahrheit anderen böswilligen Mächten dienen (vgl. Butter 2018). Das Verschwörungsdenken nimmt – genau wie der Rechtspopulismus – in Anspruch, den „Willen des Volkes“ zu artikulieren und basiert somit auf einem antipluralistischen, organischen Verständnis des „Volkes“, das keinen Platz für Andersdenkende oder Minderheiten lässt (Decker 2011). Beide Phänomene bieten vermeintlich eindeutige und umfassende Erklärungen und vereinfachen politische Prozesse damit immens (Butter 2018). Zum Verhältnis Verschwörungsdenken und (Rechts-)Populismus beschrieb Fenster (2008: S.84ff.), dass Verschwörungstheorien ein „nicht notwendiges Element“ des Populismus sind. Während populistische Ideologien theoretisch auch ohne Verschwörungsdenken auskommen können, ist das Verschwörungsdenken im Kern immer (rechts-)populistisch, da die Volk-Elite-Gegenüberstellung hier grundlegend ist.

Abwertungen von als „fremd“ markierten Gruppen stellen ebenso einen wichtigen Bestandteil rechtspopulistischer Einstellungen dar (vgl. Küpper et al. 2021). Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte dazu, dass innerhalb weniger Wochen bis zum Erhebungszeitpunkt im April/Mai 2022 rund 600.000 Menschen aus der Ukraine nach Deutschland flüchteten. Geflüchtete aus der Ukraine stellten somit zum Erhebungszeitpunkt die überwältigende Mehrheit der flüchtenden Personen nach Deutschland dar. Eine Einschätzung der danach noch folgenden Fluchtbewegungen aus der Ukraine erschien angesichts des völlig unklaren Kriegsausgangs als äußerst schwierig.

Entsprechend ist vor dem Hintergrund bekannter und weiter unten ausgeführter Abwertungsmechanismen davon auszugehen, dass Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, für einige als relevante Bedrohung wahrgenommen werden und daher Ziel von Abwertungen werden – insbesondere unter der Perspektive der Konkurrenz um knappe Ressourcen. Bisherige Studien oder repräsentative Umfragen zu Einstellungen speziell zu Ukraine-Geflüchteten liegen jedoch meines Wissens zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor.

Verschiedene Erklärungsansätze sollen im Folgenden fokussiert werden, da sie für die beiden zu untersuchenden Phänomene des Verschwörungsdenkens und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter als besonders relevant erscheinen. Die äußerst krisenhafte Gemengelage zum Zeitpunkt der Erhebung ist außergewöhnlich. Die hochbrisante weltpolitische Lage, die sich zuspitzende Energiekrise in Deutschland und zuletzt ein deutlich erodierendes Vertrauen in Politik und andere gesellschaftliche Institutionen bieten dabei einen äußerst fruchtbaren Nährboden für rechtspopulistische und abwertende Einstellungen, da Krisenzeiten häufig mit kollektiven Schuldzuweisungen gegen marginalisierte Gruppen, der Aufkündigung von Solidaritätsnormen und der Einforderung von Etabliertenvorrechten einhergehen (vgl. z.B. Elias/Scottson 1993; Heitmeyer 2018; Zick/Hövermann 2010; Preuß 2020).

Die hier zugrundeliegende aktuellste, 8. Erhebungswelle des Erwerbsspersonenpanels der Hans-Böckler-Stiftung („HBS“) ergab, dass rund 95 Prozent der Befragten „große“ oder „einige“ Sorgen „vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs“ oder „wegen der steigenden Preise“ äußerten (**Abbildung A1 im Anhang** und Kohlrausch/Hövermann 2022). Diese erheblichen Sorgen gehen mit enormen Verunsicherungen und Kontrollverlusten einher. Letztere spielen eine große Rolle bei der Erklärung für die Motive des Verschwörungsdenkens (sog. „existenzielle Motive“ Douglas et al. 2017). Das Verschwörungsdenken dient demnach insbesondere bei Menschen, die ein Gefühl von Verunsicherung und Kontrollverlust erleben, als Motiv, um den erlebten Kontrollverlust zu kompensieren.

Ein weiterer Ausdruck dieses Kontrollverlusts ist die Angst vor dem sozialen Abstieg. In der zugrundeliegenden Befragung äußern mehr als drei von vier Befragten „große“ oder „einige“ Sorgen davor, dass ihr Lebensstandard nicht gehalten werden kann (**Abbildung A1 im Anhang** und Kohlrausch/Hövermann 2022). Diese Sorge vor dem drohenden Abstieg erwies sich zuvor in zahlreichen Studien als ein bedeutender Erklärungsfaktor für rechtspopulistische Einstellungen im Allgemeinen und abwertende Einstellungen im Speziellen (Hövermann et al. 2021; Kohlrausch 2018; Küpper et al. 2019).

Fehlendes Vertrauen oder gar Misstrauen in die Demokratie und ihre politischen Akteur*innen ist

ein Kernbestandteil rechtspopulistischer Einstellungen und wird daher auch in vorherigen Studien immer wieder zur Messung rechtspopulistischer Einstellungen herangezogen (vgl. Zick/Küpper 2021). Solche Formen der politischen Entfremdung drücken ebenfalls ein Gefühl des Kontrollverlusts und der politischen Machtlosigkeit aus und treten in Krisenzeiten verstärkt auf (z.B. Klein/Heitmeyer 2010; Heitmeyer 2018). Die im Folgenden zu grundlegenden Daten des HBS-Erwerbspersonenpanels konnten dahingehend seit Beginn der Pandemie sowohl einen erheblichen Rückgang der Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung als auch des Vertrauens in politische Institutionen nachzeichnen (Kohlrausch/Hövermann 2022).

Als ein weiterer hochrelevanter Mechanismus wird hier zudem das menschliche Bedürfnis nach sozialer Aufwertung fokussiert (vgl. auch Theorie Sozialer Identität, Tajfel/Turner 1986). So können Verschwörungsmythen oder Abwertungen anderer Gruppen auch ein Versuch sein, das psychologische Motiv des positiven Selbstbilds zu erfüllen. Durch das Beschuldigen und Abwerten anderer kann man sich selbst (und seiner Eigengruppe, also der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt) als kompetenter (und im Falle des Verschwörungsglaubens auch moralischer) aufwerten, was insbesondere für diejenigen besonders attraktiv erscheint, deren Selbstbild (oder Bild der Eigengruppe) gefährdet und nicht besonders positiv ist – wie beispielsweise marginalisierte oder benachteiligte Gruppen (Cichoka et al. 2016).

Schließlich erscheint in diesem Zusammenhang auch explizit die Konkurrenz-Perspektive als relevant. Geflüchtete aus der Ukraine können für einige Menschen als konkurrierend um knappe Ressourcen wahrgenommen werden. In der sozialpsychologischen Forschung zu Vorurteilen und Abwertungen (insbesondere von Migrant*innen) beschreiben die theoretischen Ansätze der Realistic Conflict Theory (Campbell 1965; Jackson 1993) oder der Ethnic Competition Theory (Blalock 1967; Coenders et al. 2004; Olzak 2013) die Prozesse, wie neu hinzugekommene Gruppen in einer Gesellschaft als Wettbewerber*innen um Ressourcen angesehen werden und durch Abwertungen versucht wird, sie zu schwächen. Die Realistic (Group) Conflict Theory beschreibt dabei, wie Feindlichkeit zwischen einer dominanten Bevölkerungsgruppe und einer neu hinzugekommenen Fremdgruppe entsteht, wenn konfligierende Interessen oder Konkurrenz um knappe Ressourcen wie finanzielle Unterstützung oder sozialer Status vorliegen oder auch nur empfunden werden. Die Ethnic Competition Theory beschreibt eine besonders stark abwehrende Reaktion der dominanten Mehrheitsbevölkerung gegenüber hinzugekommenen Fremdgruppen, wenn diese in großer Zahl und kurzer Zeit auftreten und als ethnisch distinkt wahrgenommen werden.

Verstärkend kommt hier nun in der aktuellen Situation in Deutschland hinzu, dass erhebliche Anteile der Erwerbspersonen einen Mangel an staatlicher Unterstützung beklagen. Die zugrundeliegende Befragung offenbarte, dass zwei von drei Befragten zustimmten, dass sie sich „finanziell durch den Staat nicht ausreichend unterstützt fühlen“ (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022). Bezüge ließen sich hier auch mit dem sozialpsychologischen Konzept der relativen fraternalen Deprivation herstellen, welches eine empfundene eigene Benachteiligung in der Ressourcenverteilungen gegenüber anderen Gruppen als Ursachen für Abwertungsprozesse diskutiert (Runciman 1966; Pettigrew et al. 2008; Rippl/Baier 2005; Wolf et al. 2006).

Inwieweit die in diesem Abschnitt dargestellten Prozesse bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Krise eine Rolle spielen und für das Verschwörungsgedanken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter relevant sind, wird im vorliegenden Report analysiert. Wie weit sind das Verschwörungsgedanken in Bezug auf den Ukraine-Krieg und abwertende Einstellungen gegenüber Ukraine-Geflüchteten verbreitet? Damit einhergehend stellen sich die Fragen: Wie weit ist die Wahrnehmung von Ukraine-Geflüchteten als Konkurrent*innen verbreitet? Welche Rolle spielen Verunsicherungen, finanzielle Sorgen und Abstiegsängste – und wirkt die politische Entfremdung hier als verstärkender und vermittelnder Faktor?

3 DATEN: DAS ERWERBSPERSONENPANEL DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Grundlage der vorliegenden Analysen ist eine im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführte Panelbefragung von Erwerbspersonen in Deutschland (vgl. auch Emmeler 2022; KANTAR 2021). Die Interviews wurden als computergestützte Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen ab 16 Jahren durchgeführt. Mittlerweile konnten acht Erhebungswellen realisiert werden, bei denen (weitestgehend) dieselben Befragten wiederholt befragt wurden.

Die Studie begann zu Beginn der Corona-Pandemie mit einer ersten Erhebung im April 2020, in einer frühen Phase der Pandemie während des strikten 1. Lockdowns. Im Juni 2020 – als die Corona-Fallzahlen deutlich gesenkt werden konnten – fand die 2. Befragung statt. Zu Beginn der 2. Pandemie-Welle im November 2020, als Deutschland sich im sogenannten „Lockdown-Light“ befand, wurden die Teilnehmenden ein drittes Mal befragt. Im Januar/Februar 2021 nach mehreren weiteren Monaten mit hohen Fallzahlen und Einschränkungen – fand eine vierte (Kurz-)Befragung statt. Die fünfte

Erhebungswelle wurde im Juli 2021 erhoben, als erneut die Corona-Inzidenzen massiv gesenkt werden konnten. Eine sechste Welle fand im Oktober 2021 statt und fokussierte mit einem speziellen Set an Fragen die kurz zuvor stattgefundene Bundestagswahl. Eine siebte Befragungswelle mit 6.419 Befragten wurde im Januar 2022 erhoben – zu einem Zeitpunkt, als die Omikron-Variante des Coronavirus zu Rekordinzidenzen in Deutschland führte.

Die für die vorliegenden Analysen relevanteste und aktuellste 8. Erhebungswelle fand zwischen dem 25.4. und dem 9.5.2022 statt. Die Auswahlgesamtheit stellten 7.677 Teilnehmende dar, die an der ersten Erhebungswelle im April 2020 teilnahmen sowie zusätzliche 1.122 Selbstständige, die im Rahmen einer Aufstockungsstichprobe für die 5. Welle gezogen wurden. An der Erhebung teilgenommen haben 6.234 Befragte (5.322 aus der Basisstichprobe und 912 aus der Aufstockungsstichprobe). Damit konnten knapp 70 Prozent der Befragten aus der Auswahlgesamtheit auch noch zwei Jahre später zur Teilnahme bewegt werden.

Wie bereits in der Einleitung umrissen, befand sich Deutschland zum Zeitpunkt der jüngsten Erhebung zwar weiterhin in der – wenn auch abflauenden – ersten Omikron-Welle, jedoch bestimmte die Corona-Pandemie zu diesem Zeitpunkt deutlich weniger die öffentliche Debatte. Vielmehr gerieten der am 24.2.2022 begonnene russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die vielfältigen damit verbundenen Folgen in den Fokus der Aufmerksamkeit. Bundeskanzler Scholz sprach in seiner Regierungserklärung Ende Februar von einer „Zeitenwende“ und verkündete u. a. erhebliche Investitionen in die Bundeswehr. Der russische Angriffskrieg zeigte zu diesem Zeitpunkt bereits erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Die vormals sehr positiven Konjunkturausblicke, die für 2022 eine deutliche Erholung nach den Pandemie Jahren 2020 und 2021 prognostizierten, mussten deutlich gesenkt werden. Die Inflationsrate in Deutschland stieg von bereits hohen fünf Prozent auf deutlich über sieben Prozent an, was sich zu diesem Zeitpunkt vor allem in erheblich gestiegenen Energie-, Kraftstoff- und Lebensmittelpreisen bemerkbar machte (vgl. Dullien/Tober 2022a). Zudem dominierten große Unsicherheiten über die eigene Sicherheit aufgrund des offenen weiteren Kriegsverlaufs und eine Sorge über die Energie-Versorgungssicherheit aufgrund der politisch nicht mehr tragbaren großen Versorgungsabhängigkeit von Russland. Rund einen Monat vor Beginn der Erhebung – also Ende März 2022 – gab die Bundesregierung Details eines umfassenden Entlastungspakets bekannt, bestehend aus Sonderzuschlägen, einem Familienzuschuss, dem 9-€-ÖPNV-Ticket und dem sogenannten Tankrabatt. Diese waren also zum Zeitpunkt der Erhebung lediglich angekündigt und noch nicht ausgezahlt bzw. begonnen, sodass sie ihre volle Wirkung noch nicht entfalten konnten.

Um Aussagen über die Auswahl der Befragten und letztlich über die Abdeckung und Repräsentativität der Stichprobe zu machen, ist es bei Panelbefragungen wichtig, die Ausgangsstichprobe der ersten Befragungswelle zu betrachten. Diese basierte auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels (vgl. auch KANTAR 2021). Dabei und in allen folgenden Erhebungswellen wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand festgelegter Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik, sodass die Stichproben der Erhebungswellen die Erwerbspersonen entsprechend dieser Merkmale adäquat abbilden.

Gleichwohl ist zu erwähnen, dass es sich bei dem Access-Panel nicht im strengen Wortsinn um eine Zufallsstichprobe handelt, welche weiterhin als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören nur diejenigen Befragten, die Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kunden-Programms sind. Mittlerweile sind dies jedoch ca. 31 Millionen aktive Payback-Kund*innen, sodass in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden ist und die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers ist. Aus der Grundgesamtheit der Payback-Bestandskunden wurden die Befragten aktiv schriftlich-postalisch rekrutiert.

Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilmäßig besser abgebildet und erreicht werden können als dies über Telefonumfragen möglich ist. Zudem sind Online-Befragungen deutlich besser als langwierige und komplexe Telefon-Stichproben geeignet, dynamische Situationen wie die derzeitigen Krisensituationen kurzfristig zu erheben. Der Großteil der Erhebungen fand innerhalb weniger Tage statt, sodass die Erhebungen unabhängiger von tagespolitischen Schwankungen sind. Des Weiteren erzielten Online-Stichproben eine hohe Teilnehmerzahl, die detaillierte Analysen bestimmter Teilgruppen ermöglichen. Zudem werden die Antworten zur Qualitätssicherung auf Plausibilität geprüft, d. h. nur Personen mit plausiblen Angaben werden ausgewertet.

4 MESSUNGEN

Im Folgenden wird zunächst dargelegt, wie das Verschwörungsdenken und die Abwertungen Ukraine-Geflüchteter gemessen wurden. Hierzu werden Skalen verwendet, die das kombinierte Antwortverhalten der Befragten zu mehreren Aussa-

gen erfassen. Die zugrundeliegenden und im Folgenden vorgestellten Aussagen wurden allesamt mithilfe 4-stufiger Likert-Skalen erhoben, anhand derer die Befragten ihre Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussagen abstufen konnten („stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“).

4.1 Verschwörungsdenken

Für die Messung des Verschwörungsdenkens bezüglich des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wurden zwei Aussagen verwendet, die aus dem COVID-19 Snapshot Monitoring-Projekt (kurz „COSMO“-Projekt) stammen und hier ebenfalls kurz zuvor (Betsch et al. 2020; Erhebung vom 15.3.2022) erfragt wurden. Auch eine Befragung des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (kurz „CeMAS“) Anfang April 2022 verwendete eine der Aussagen sowie weitere ähnliche (Lamberty et al. 2022).

Die erste Aussage lautet „Der Krieg gegen die Ukraine wird genauso künstlich dramatisiert wie die Corona-Pandemie“. Hier wird ein verschwörerisches Denken erfasst, da in der Aussage die jüngsten Krisen als nur scheinbar problematisch und gefährlich wahrgenommen und die Krisen als vorsätzlich und bewusst schlimmer dargestellt angesehen werden. Zudem wird eine Parallele zwischen der Pandemie und dem Ukrainekrieg gezogen, indem diese Krisen wiederholt einen potenziellen Vorwand für anderes Verhalten liefern.

Die zweite Aussage lautet „Der Krieg in der Ukraine dient nur der Ablenkung von der Corona-Pandemie“. Indem von der „Ablenkung von der Pandemie“ gesprochen wird, wird unterstellt, dass dadurch bestimmte Tätigkeiten der Verschwörer im Zusammenhang mit der Pandemie leichter verdeckt gehalten werden und weniger Aufmerksamkeit bekommen. Drastischer noch, kann es sogar so verstanden werden, dass es den impliziten und konspirativen Vorwurf enthält, dass der eigentliche und wahre Kriegsgrund eventuell gar in der Pandemie selbst liegt.

4.2 Abwertung Ukraine-Geflüchteter

Zur Messung der Ablehnung, Zurückweisung und Abwertung von Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, haben wir für den Fragebogen neue Aussagen formuliert. Insgesamt beinhaltete der Aussage-Block in der Befragung fünf Aussagen, von denen wir uns im Folgenden aus inhaltlichen Gründen auf die folgenden drei konzentrieren.

Die erste Aussage lautet „Wir können nicht noch mehr Geflüchtete in Deutschland aufnehmen“ und ist eher generell formuliert, da sie sich nicht spezifisch und explizit auf Ukraine-Geflüchtete bezieht. Da zum Erhebungszeitpunkt der überwältigende

Anteil der Geflüchteten nach Deutschland aus der Ukraine stammte und aufgrund des Krieges weitere große Flüchtlingsbewegungen erwartet wurden, ist der direkte Bezug speziell auf Ukraine-Geflüchtete jedoch deutlich vorhanden. Die Aussage erfasst die „das-Boot-ist-voll“-Argumentation und damit das diffuse Gefühl, dass Deutschlands Kapazitätsgrenzen erreicht seien.

Die zweite Aussage „Deutschland sollte bei der Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine großzügig sein“ thematisiert ebenfalls, in welchem Ausmaß Geflüchtete aufgenommen werden können. Diese Aussage ist aus methodischen Gründen andersherum gerichtet, sodass hiermit auch explizit positive Einstellungen erfasst und Ja-Sage-Tendenzen¹ verhindert werden können. Für die Erfassung des Aspekts der Abwertung wird sich hier aber auf diejenigen Befragten konzentriert, die die Aussage ablehnen. Konkret zielt die Aussage inhaltlich auf ein gewünschtes Verhalten ab – und zwar wie wohlwollend sich Deutschland bei der Aufnahme Geflüchteter zeigen sollte.

Die dritte Aussage „Geflüchtete aus der Ukraine sollten sich in Deutschland erstmal hintenstellen“ fokussiert nun, wie in Deutschland mit Geflüchteten umgegangen werden sollte. Konkret wird das Bild der Menschenschlange bemüht, bei der andere Gruppen als Geflüchtete Vorrechte haben und zuvor zum Zuge kommen sollten, bevor Geflüchtete aus der Ukraine an der Reihe sind. Die Aussage fängt damit den Gedanken ein, dass andere Gruppen in Deutschland ebenfalls Hilfe benötigen, ihnen diese eher zusteht und letztlich auch, dass diese Gruppen mit Geflüchteten um Hilfe konkurrieren.

Alle drei Aussagen enthalten Elemente der abwertenden Einstellungen, da sie entweder den Geflüchteten das Asylrecht einschränken oder gar verweigern wollen oder ihnen einen weniger wertvollen und damit ungleichwertigen Platz in der Gesellschaft zuweisen.²

1 Dies wird statistisch auch „Akquieszenz“ genannt und beschreibt ein spezifisches Antwortverhalten, das für Verzerrungseffekte sorgt. Es beschreibt die Neigung von Personen, bei Fragen und Aussagen unabhängig vom Inhalt eher bejahend und zustimmend als ablehnend zu antworten.

2 Die vierte und fünfte Aussage dieses Blocks lauteten „Die Integration der Geflüchteten aus der Ukraine wird uns in Deutschland gut gelingen“ und „Das Schicksal der Geflüchteten aus der Ukraine bewegt mich“. Diese Aussagen beziehen sich zwar ebenfalls auf Geflüchtete aus der Ukraine, eignen sich aber weniger zur Messung von abwertenden Einstellungen. Wie diese Aussagen mit den anderen Aussagen empirisch zusammenhängen, wird am Ende des Abschnitts 5.2 analysiert.

5 GENERELLE VERBREITUNGEN UND ZUSAMMENHÄNGE

5.1 Verschwörungsdenken

Das Ausmaß der Zustimmungen zu den Aussagen ist unter den Erwerbspersonen in Deutschland wie folgt (vgl. **Abbildung 1**): Insgesamt knapp 20 Prozent der Befragten stimmen zu, dass der Krieg gegen die Ukraine „genauso künstlich dramatisiert wird wie die Pandemie“ – rund acht Prozent stimmen sogar „voll und ganz“ zu. Weitere knapp 30 Prozent der Befragten stimmen „eher nicht zu“, während knapp die Hälfte der Befragten dieser Aussage „überhaupt nicht“ zustimmt.

In der 61. Welle der COSMO-Studie (COSMO 2022) lag die Zustimmung zu dieser Aussage bei rund neun Prozent, ebenso viele äußerten sich un-

entschieden und 82 Prozent lehnten die Aussage ab.³ Bei der Verteilung der Zustimmung fiel bei der COSMO-Studie vor allem auf, dass gegen Corona ungeimpfte Befragte mehr als viermal so häufig zustimmten wie geimpfte Befragte. Ebenso zeigten sich erhebliche positive Korrelationen mit Reaktanz durch Corona-Maßnahmen, Pandemiemüdigkeit und Misstrauen in die Bundesregierung (ebd.).

Die Zustimmung zur zweiten Aussage „Der Krieg in der Ukraine dient nur der Ablenkung von der Corona-Pandemie“ ist etwas geringer: etwas mehr als elf Prozent stimmen hier zu – vier Prozent sogar „voll und ganz“. Ein weiteres Viertel der Befragten lehnt die Aussage „eher“ ab, während 61 Prozent hier „überhaupt nicht“ zustimmen (vgl. **Abbildung 1**).

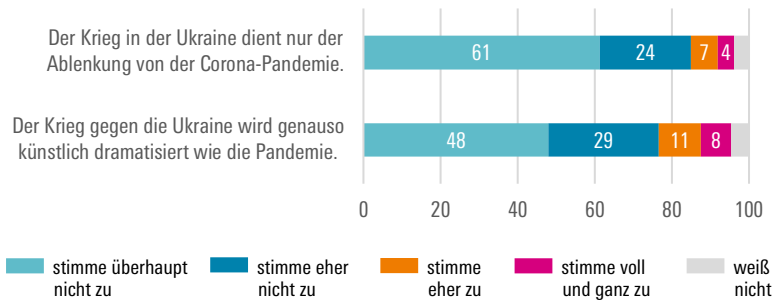
In der COSMO-Studie (2022) lag die Zustimmung im März bei rund 14 Prozent, weitere 9,6 Prozent äußerten sich hier unentschieden und 77 Prozent ablehnend.⁴ Erneut stimmten Befragte, die nicht gegen das Coronavirus geimpft waren, viermal häufiger der Aussage zu als geimpfte Befragte. Wie bei der ersten Aussage zeigten sich auch hier Zusammenhänge mit Reaktanz durch Corona-Maßnahmen, Pandemiemüdigkeit und Misstrauen in die Bundesregierung (ebd.).

Die beiden Aussagen erweisen sich in den vorliegenden Daten als hochgradig positiv miteinander korreliert (Korrelationskoeffizient⁵ von 0,68; Cronbachs Alpha⁶ = 0,81), sodass Befragte, die der

Abbildung 1

Messung von Verschwörungsdenken

Zustimmung zu den Aussagen, in Prozent



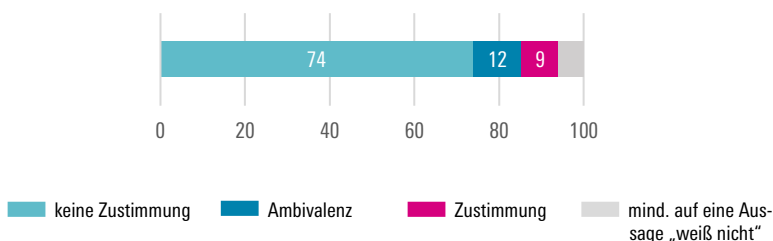
Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

Abbildung 2

Verschwörungsdenken in Bezug auf den Krieg in der Ukraine

Zusammenfassende Skala des Antwortverhaltens, Angaben in Prozent



Anmerkung: Als zustimmend bezeichnet werden alle Befragten, die beiden Aussagen aus **Abbildung 1** zugestimmt haben; als ablehnend diejenigen Befragten, die beiden Aussagen nicht zugestimmt haben. Befragte, die eine Aussage abgelehnt haben und der anderen zugestimmt haben, werden als ambivalent eingestuft.

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

3 Die Zustimmungswerte sind jedoch aus mindestens zwei Gründen nur sehr eingeschränkt vergleichbar. Zum einen fokussiert die COSMO-Studie die Gesamtbevölkerung Deutschlands – während das HBS-Erwerbspersonenpanel lediglich die Erwerbspersonen erfasst. Zum anderen wurde die Aussage in der COSMO-Studie zwar mit exakt derselben Formulierung erhoben, jedoch unterschieden sich die Antwortmöglichkeiten, da auch die Möglichkeit der Unentschiedenheit angeboten wurde. Somit ist ein Vergleich der Antwortverteilungen hier nur bedingt möglich ist.

4 In der CeMAS-Befragung Anfang April (Lamberty et al. 2022) stimmten hier knapp vier Prozent zu, acht Prozent sagten „teils/teils“ und 88 Prozent lehnten die Aussage ab. Analog zur COSMO-Studie gelten jedoch auch für diese Studie die in Fußnote #3 ausgeführten Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit mit dem HBS-Erwerbspersonenpanel.

5 Der Korrelationskoeffizient gibt an, wie eng der lineare Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen ist und kann Werte zwischen „-1“ und „+1“ annehmen, wobei die in der Praxis kaum zu beobachtenden Werte „-1“ einen perfekten negativen und „+1“ einen perfekten positiven Zusammenhang beschreiben. Liegt kein Zusammenhang vor, ist der Koeffizient 0.

6 Dieser Wert ist ein Maß für die Reliabilität einer Messung – also der Verlässlichkeit, Genauigkeit und Präzision der Messung. Einstellungen oder Orientierungsmuster, wie die vorliegenden, lassen sich nur schlecht durch eine einzige Aussage erheben. Daher werden oft Skalen verwendet, die präziser sind und die dahinter liegende latente Einstellung besser abbilden können. Für aus mehreren Aussagen bestehende Skalen drückt die Reliabilität dann die interne Konsistenz der Skala aus, die besagt, inwieweit die Aussagen in der Lage sind, zuverlässig das gleiche dahinterliegende Konstrukt zu messen. Der Cronbach's Alpha-Wert gilt hier als Standardwert, wobei Werte >0,50 auf eine ausreichend reliable Messung hindeuten (vgl. Zick/Küpper 2021).

einen Aussage zustimmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der anderen Aussage zustimmen.

Im Folgenden wird das kombinierte Antwortverhalten der Befragten zu den beiden Aussagen zusammengefasst und dafür nur die Befragten berücksichtigt, die auch auf beide Aussagen eine gültige Antwort gegeben haben.⁷ Unterschieden wird zwischen „nicht zustimmend“, „ambivalent“ und „zustimmend“. Die Zusammenfassung erfolgte dabei so, dass diejenigen Befragten, die auf beide Aussagen zustimmen als „zustimmend“ gewertet wurden; diejenigen, die auf beide Aussagen nicht zustimmen als „nicht zustimmend“ und diejenigen, die auf eine Aussage zustimmen und der anderen nicht zustimmen als „ambivalent“. Hierbei spielte es keine Rolle, in welchem Ausmaß – also „eher“ oder „voll und ganz“ – zugestimmt oder nicht zugestimmt wurde.

Diese Vorgehensweise hat neben der Komplexitätsreduktion mehrere Vorteile. Die Information aus dem kombinierten Antwortverhalten ist valider und gewissermaßen abgesicherter, da sie dann nicht nur auf einer Antwort zu einer Aussage, sondern auf mehreren Antworten basiert. Es ist zudem zu betonen, dass damit eine eher konservative Zuordnungsregel gewählt wurde, da für eine Zuordnung „zustimmend“ auf beide Aussagen zugestimmt werden muss. Diese Art der additiven Skalenbildung ist damit auch eher voraussetzungsreich, da nicht einzelne zustimmende Antworten ausreichen, um als zustimmendes Antwortverhalten gewertet zu werden, sondern ein kombiniert zustimmendes Antwortverhalten notwendig ist.

Hieraus ergeben sich die folgenden Verteilungen unter Erwerbspersonen in Deutschland (vgl. **Abbildung 2**): knapp neun Prozent der Befragten antworten zustimmend, knapp zwölf Prozent ambivalent und knapp 74 Prozent ablehnend.

Eine dritte Aussage „die NATO hat Russland zu diesem Krieg provoziert“ wurde gemeinsam in einem Frageblock mit den beiden hier verwendeten Aussagen zum Verschwörungsdenken erfragt. Rund 20 Prozent stimmen hier zu. Wie auch in den Auswertungen in **Abbildung A2 im Anhang** ersichtlich, geht die Zustimmung hier in hohem Maße einher mit der Zustimmung zu den beiden Aussagen des Verschwörungsdenkens: Konkret stimmen hier 29 Prozent der Befragten, die sagen, die NATO habe Russland zu diesem Krieg provoziert, auch den beiden weiteren konspirativen Aussagen zum Krieg in der Ukraine zu. Dieser Wert ist mehr als dreifach erhöht im Vergleich zu allen Befragten.

5.2 Abwertung Ukraine-Geflüchteter

Betrachten wir die Zustimmung zu den drei Aussagen der Abwertung Ukraine-Geflüchteter (vgl. **Abbildung 3**), so zeigen sich größere Teile der Erwerbspersonen in Deutschland bereit, ihnen zuzustimmen. Konkret sind es knapp 40 Prozent, die der Aussage zustimmen, dass „wir nicht noch mehr Geflüchtete in Deutschland aufnehmen können“ – 16 Prozent stimmen hier sogar „voll und ganz“ zu. 35 Prozent lehnen diese Aussage „eher“ ab; weitere 22 Prozent „voll und ganz“.

Analog dazu die Verteilungen zur Aussage „Deutschland sollte bei der Aufnahme Ukraine-Geflüchteter großzügig sein“, die in einer gegensätzlichen Richtung formuliert wurde. Diese Aussage lehnen insgesamt 35 Prozent ab – zehn Prozent stimmen sogar „überhaupt nicht“ zu. Weitere 45 Prozent stehen dieser Aussage „eher zustimmend“ entgegen, während weitere 16 Prozent „voll und ganz“ zustimmen.

Der Aussage „Ukraine-Geflüchtete sollten sich hier in Deutschland erstmal hintenanstellen“ stimmen insgesamt rund 28 Prozent zu – neun Prozent „voll und ganz“. Weitere 44 Prozent stimmen der Aussage „eher nicht“ zu; 23 Prozent stimmen ihr „überhaupt nicht“ zu.

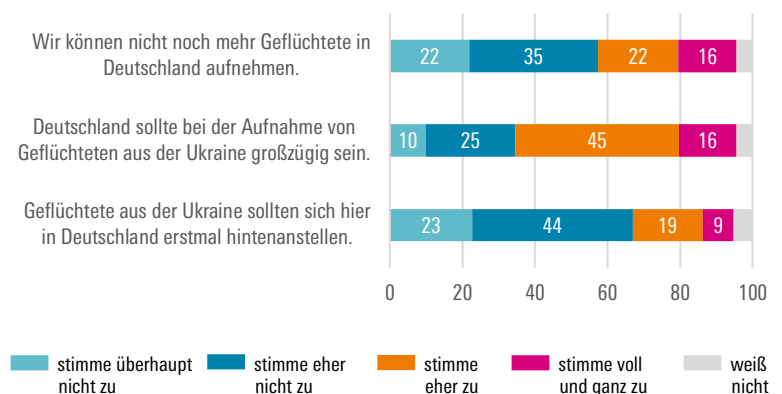
Die drei Aussagen erweisen sich ebenfalls als hochgradig miteinander korreliert (Korrelationskoeffizienten: „nicht noch mehr Geflüchtete“ und „großzügig bei Aufnahme“: -0,60; „nicht noch mehr Geflüchtete“ und „hintenanstellen“: 0,60; „großzügig bei Aufnahme“ und „hintenanstellen“: -0,58; Cronbachs Alpha = 0,82), sodass Befragte, die auf die eine Aussage abwertend antworten, auch eher auf die anderen Aussagen abwertend antworten.

Erneut wird für die folgenden Analysen das kombinierte Antwortverhalten der Befragten betrachtet und dabei wie bereits beim Verschwö-

Abbildung 3

Messung der Abwertung von Ukraine-Geflüchteten

Zustimmung zu den Aussagen, in Prozent

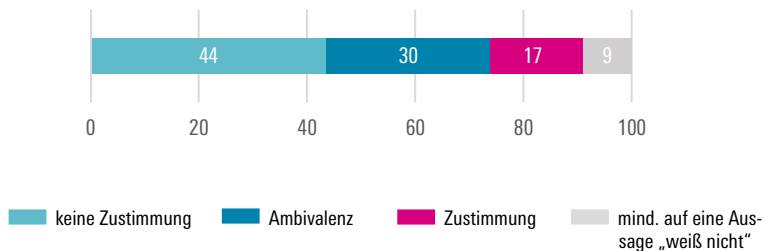


⁷ Befragte, die auf mindestens eine der Aussagen „weiß nicht“ geantwortet haben, werden nicht einer der drei Kategorien zugeordnet und entsprechend gesondert in den folgenden Abbildungen aufgeführt.

Abbildung 4

Abwertung von Ukraine-Geflüchteten

Zusammenfassende Skala des Antwortverhaltens, Angaben in Prozent



Anmerkung: Als zustimmend bezeichnet werden alle Befragten, die allen drei Aussagen aus Abbildung 3 zugestimmt haben; als ablehnend diejenigen Befragten, die allen drei Aussagen nicht zugestimmt haben. Befragte, die mindestens eine Aussage abgelehnt haben und mindestens einer anderen zugestimmt haben, werden als ambivalent eingestuft.

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

rungsdenken vorgegangen: Befragte, die auf alle drei Aussagen abwertend geantwortet haben, werden als „zustimmend“ zugeordnet; Befragte die auf alle drei Aussagen nicht abwertend geantwortet haben als „nicht zustimmend“. Alle weiteren Antwortkombinationen bedeuten, dass die Befragten auf mindestens eine Aussage abwertend und auf eine andere Aussage nicht abwertend geantwortet haben, sodass diese Befragten als „ambivalent“ zugeordnet werden. Erneut erfolgte die Zuordnung unabhängig des Ausmaßes der Zustimmung oder nicht-Zustimmung, sondern es war nur relevant ob auf die Aussagen zugestimmt wurde oder nicht. Erneut wurden lediglich diejenigen Befragten berücksichtigt, die auch zu allen drei Aussagen interpretierbare Antworten gegeben haben. Da diese Messung anders als die des Verschwörungsdenken auf drei statt auf zwei Aussagen beruht, sind die Zuordnungsregeln hier als nochmals konservativer einzustufen, da die Zustimmung auf alle drei Aussagen voraussetzungsvoller ist.

Hieraus ergeben sich die folgenden Verteilungen zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter (vgl. **Abbildung 4**): 17 Prozent der Befragten antworten zustimmend, 30 Prozent ambivalent und 44 Prozent ablehnend zur Abwertung.

Die ebenfalls in diesem Teil des Fragebogens positionierten Aussagen „Die Integration der Geflüchteten aus der Ukraine wird uns in Deutschland gut gelingen“ und „Das Schicksal der Geflüchteten aus der Ukraine bewegt mich“ erhielt folgende Zustimmungswerte: zwei Drittel der Erwerbspersonen zeigten sich optimistisch, dass die Integration der Menschen aus der Ukraine in Deutschland gelingen wird – 28 Prozent äußerten sich hier pessimistisch. Gleichzeitig gab die über-

wältigende Mehrheit von 83 Prozent – also fünf von sechs Befragten – an, dass das Schicksal der Geflüchteten aus der Ukraine sie bewege – knapp 15 Prozent verneinten dies.

Auch diese Einstellungen sind eng korreliert mit den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter (vgl. **Abbildung A3 im Anhang**). Unter denen, die sich pessimistisch hinsichtlich der Integration der Menschen aus der Ukraine äußern, ist die Zustimmung zu den Abwertungen zweieinhalbmal erhöht; unter denen, denen das Schicksal der Geflüchteten gleichgültig ist sogar dreifach. Unter Letzteren äußern mehr als die Hälfte der Befragten Zustimmung zu allen drei Aussagen.

5.3 Zusammenhänge Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter

Wie bereits eingangs in diesem Report argumentiert, lassen sich die beiden Phänomene des Verschwörungsdenkens und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine als Bestandteile und Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen betrachten. Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch zwischen den beiden Phänomenen Korrelationen vorzufinden sind. Wie hängt nun das Verschwörungsdenken mit den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter in den Daten zusammen?

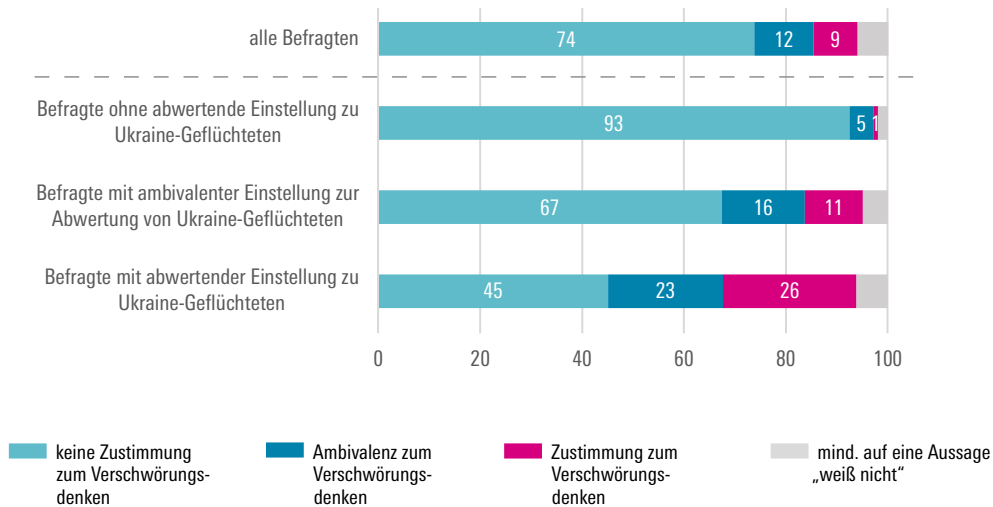
In der Tat zeigen sich erhebliche und signifikant positive Korrelationen zwischen den beiden Skalen (Korrelationskoeffizient: 0,57), sodass Befragte, die dem Verschwörungsdenken zustimmen, auch eher dazu neigen, Ukraine-Geflüchtete abzuwerten. Auch wenn die Korrelationen zwischen den einzelnen Aussagen betrachtet werden, zeigen sich für alle Korrelationspaare signifikante Korrelationskoeffizienten zwischen 0,38 („bei Aufnahme großzünftig sein“ und „Ukrainekrieg dient nur Ablenkung von Pandemie“) und 0,49 („hintenanstellen“ und „Ukrainekrieg wird künstlich dramatisiert“).

Dies wird auch in den folgenden Zahlen deutlich (vgl. **Abbildung 5**): Während unter allen Erwerbspersonen knapp neun Prozent dem Verschwörungsdenken zustimmen, liegt dieser Wert unter den Erwerbspersonen, die abwertenden Aussagen gegenüber Ukraine-Geflüchteten zustimmen bei 26 Prozent und damit dreimal so hoch. Unter Erwerbspersonen, die den Abwertungen nicht zustimmen, teilen weniger als ein Prozent die Aussagen des Verschwörungsdenkens.

Ähnlich ergibt sich dann das Bild, wenn andersherum betrachtet wird, wie Befragte die Abwertungen einschätzen abhängig davon, wie sie zum Verschwörungsdenken stehen. Während unter allen Erwerbspersonen 17 Prozent den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter zustimmen, liegt dieser Wert unter denjenigen, die dem Verschwörungsdenken zustimmen, bei 52 Prozent – und damit erneut dreimal so hoch (vgl. **Abbildung 6**). Oder in anderen

Zustimmung zum Verschwörungsdenken, nach Zustimmung zu abwertenden Einstellungen zu Geflüchteten aus der Ukraine

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

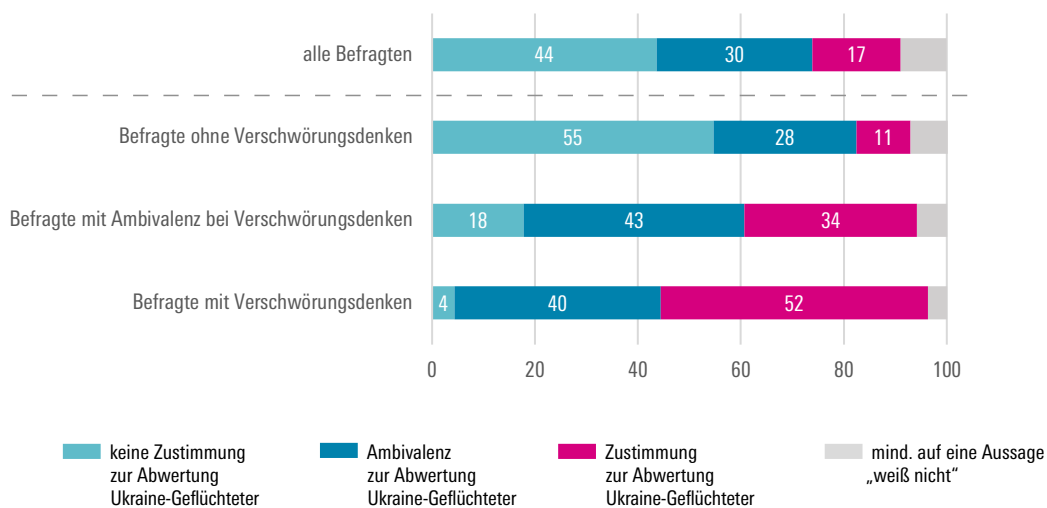
Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

Abbildung 6

Abwertende Einstellung zu Ukraine-Geflüchteten, nach Ausprägung des Verschwörungsdenkens

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

Worten: etwas mehr als die Hälfte der Befragten, die Verschwörungsdenken zustimmen, stimmen auch den drei Aussagen zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter zu. Nur vier Prozent von ihnen lehnen die Abwertungen ab. Die Überlappung der Zustimmung zu den beiden hier betrachteten Phänomenen erweist sich also als erheblich.

bündelt betrachtet werden. Dann wird das Zustimmungsausmaß anhand des angegebenen Ausmaßes an Sorgen und Belastungen und schließlich anhand politischer Einstellungen verglichen.

Da die beiden zu untersuchenden Phänomene – wie im vorigen Abschnitt gezeigt – hoch miteinander korrelieren, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich auch bei den im Folgenden analysierten Gruppenvergleichen große Überschneidungen in den Verbreitungen zeigen, sodass diese komprimiert präsentiert werden.

6 VERBREITUNGEN IN BESTIMMTEN POPULATIONEN

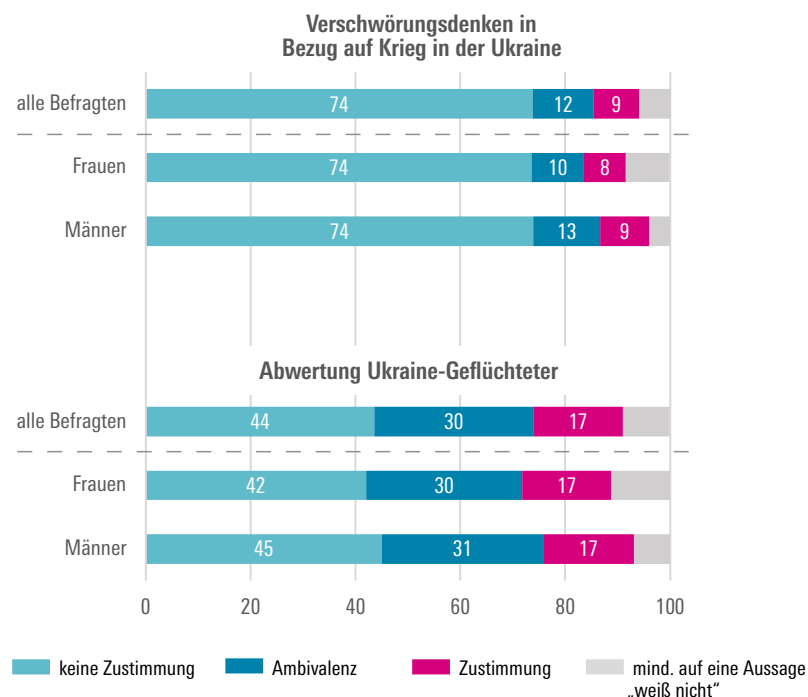
Im Folgenden wird betrachtet, inwieweit sich Gruppen von Erwerbspersonen in ihrer Zustimmung zum Verschwörungsdenken und Abwertungen Ukraine-Geflüchteter unterscheiden. Dies erfolgt in vier Schritten: Zunächst wird das Antwortverhalten anhand einzelner soziodemographischer Faktoren analysiert, bevor anschließend besonders relevante soziodemographische Faktoren ge-

6.1 Verbreitungen nach soziodemographischen Faktoren

Beginnt man bei der Betrachtung der Zustimmungsdifferenzen in verschiedenen soziodemographischen Gruppen mit dem Geschlecht, so ließen sich in früheren Untersuchungen zur Zustimmung zum Verschwörungsdenken (z. B. Lamberty et al. 2022; Hövermann 2021) oder zu rechtspopu-

Abbildung 7

Unterschiede im Antwortverhalten, nach Geschlecht Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

listischen Einstellungen generell (vgl. z.B. Mitte-Studie: Zick/Küpper 2021) häufig keine Differenzen zwischen Männern und Frauen aufzeigen.

Anhand der vorliegenden Daten zeigt sich, dass Männer und Frauen sich nicht oder nur geringfügig im generellen Zustimmungsausmaß unterscheiden. Männer stimmen beim Verschwörungsdenken – wie in **Abbildung 7** ersichtlich – etwas häufiger zu. Diese Differenzen sind auch statistisch signifikant ($p < 0,05^8$). Bei den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter unterscheiden sich Männer und Frauen jedoch nicht in ihrer Zustimmung. Auffällig ist zudem, dass Frauen hier auf die betreffenden Aussagen seltener eine gültige Antwort gaben als Männer.

⁸ Der p-Wert gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit dafür an, dass die Differenz möglicherweise zufällig bedingt ist und somit fälschlicherweise auf die Erwerbspersonen in Deutschland geschlossen wird. Bei einem p-Wert von unter 5 Prozent gilt eine Differenz als statistisch signifikant.

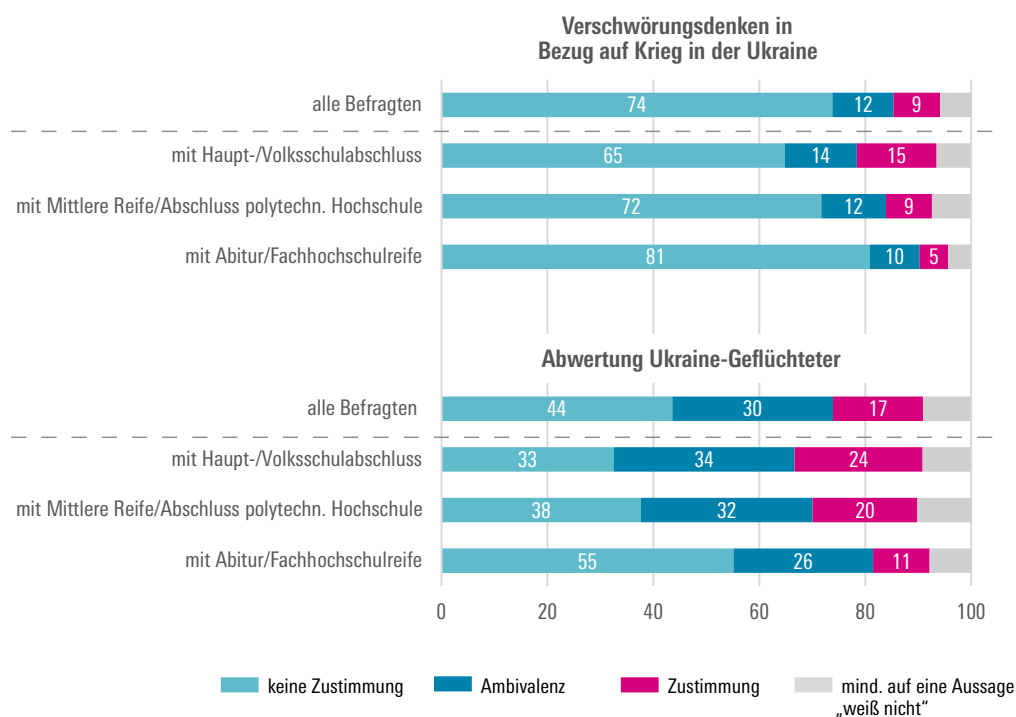
Deutlich markanter und konsistent in anderen Studien zu rechtspopulistischen Einstellungen und Verschwörungsdenken auftretend (z.B. Lamberty/Rees 2021; Hövermann 2021; Zick/Küpper 2021), sind Differenzen im Zustimmungsverhalten nach Bildungsstand – hier konkret erfasst anhand des höchsten Schulabschlusses der Befragten (vgl. **Abbildung 8**). Befragte mit Abitur oder Fachhochschulreife zeigen deutlich unterdurchschnittliche Zustimmungswerte, während Befragte mit Haupt-/Volksschulabschluss den Aussagen deutlich überdurchschnittlich häufig zustimmen. Die Zustimmung zum Verschwörungsdenken bei Befragten mit Mittlerer Reife liegt nahezu exakt auf dem Niveau des Durchschnitts. Ihre Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter ist hingegen überdurchschnittlich und liegt signifikant höher als die des Durchschnitts.

Um diesen klaren Bildungseffekt zu interpretieren, hilft ein Blick auf frühere Studien, in denen sich zeigte, dass der Zusammenhang zwischen Schulabschluss und Verschwörungsdenken nicht auf

Abbildung 8

Unterschiede im Antwortverhalten, nach höchstem Schulabschluss

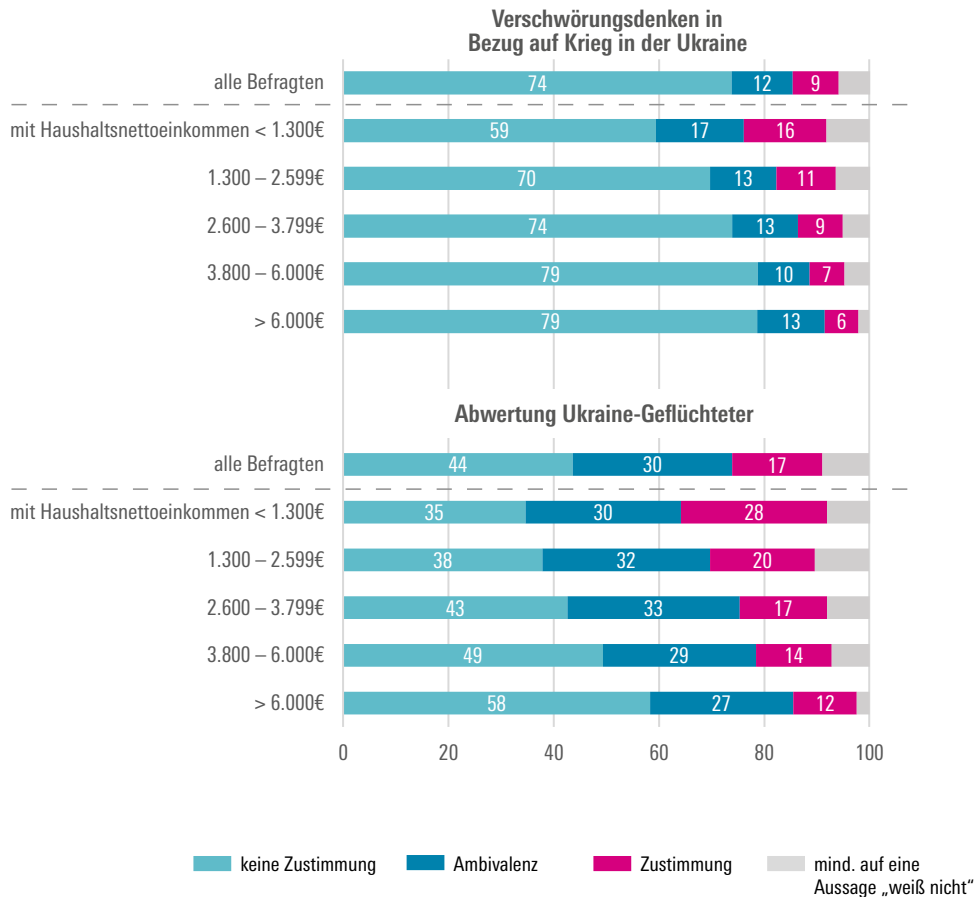
Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Unterschiede im Antwortverhalten, nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

eine einzige Ursache – etwa geringere Intelligenz – zurückzuführen, sondern Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels mehrerer psychologischer Faktoren ist, bei denen das Gefühl der Machtlosigkeit eine bedeutende, vermittelnde Rolle spielt (vgl. Lamberty/Rees 2021; van Prooijen 2017).

Ähnliche Prozesse helfen auch beim Verständnis der folgenden Befunde: Ebenfalls hochgradig markant und wiederholt in Studien zu diesen Themen auftretend sind Zustimmungsdifferenzen nach Einkommensgruppen (vgl. Hövermann 2020, 2021). Die Verbreitung erweist sich als größer in einkommensärmeren, benachteiligten Haushalten (vgl. **Abbildung 9**). Besonders herausstechend mit hoher Zustimmung zu den Phänomenen sind hier insbesondere die Haushalte, in denen das Einkommen besonders niedrig ist (unter 1.300 € monatliches Haushaltsnettoeinkommen). Mit jeder höheren Einkommensstufe nimmt die Zustimmungsrate dann ab. Keineswegs handelt es sich bei den Phänomenen jedoch um etwas, das nicht auch in reicheren Einkommensgruppen vorhanden ist.

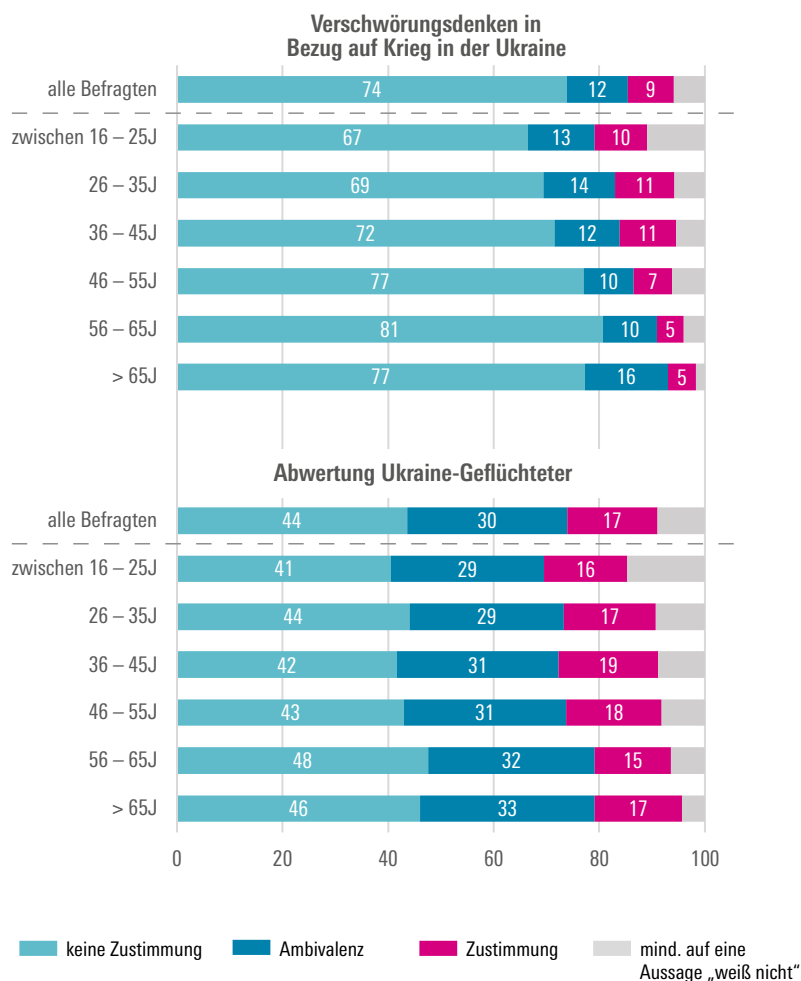
Interessant sind zudem die Zustimmungsdifferenzen nach Altersgruppen (vgl. **Abbildung 10**). Für Phänomene wie rechtspopulistische Einstellungen oder Abwertungen von Gruppen im Sinne der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit⁹ zeigen sich seit Jahren konsistent insbesondere ältere Befragte als besonders stark zustimmend (vgl. Zick/Küpper 2021; Hövermann et al. 2022).

Bemerkenswert ist nun, dass sich solch ein Alterseffekt für Verschwörungsmythen im Zuge der

⁹ Damit werden negative Einstellungen und Vorurteile gegenüber Gruppen erfasst, die meist als Fremdgruppen abgewertet werden (z. B. Muslim*innen, Homosexuelle, Wohnungslose, Langzeitarbeitslose usw.). Kern des Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist die „Ideologie der Ungleichwertigkeit“, nach der geglaubt wird, dass Gruppen in der Gesellschaft einen unterschiedlichen Wert haben und somit verschiedene Gruppen abgewertet werden können. Empirisch bestätigt sich dies, da sich konstant zeigt, dass Menschen, die eine (Fremd-)Gruppe ablehnen auch deutlich stärker dazu neigen, andere (Fremd-)Gruppen abzulehnen (vgl. Heitmeyer 2002).

Unterschiede im Antwortverhalten, nach Altersgruppen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

Corona-Pandemie in verschiedenen Studien nicht mehr so eindeutig zeigte – in einigen Studien stimmten sogar im Gegenteil eher jüngere Befragte den pandemiebezogenen Verschwörungsmyschen zu (vgl. Hövermann 2020, 2021). Letzteres ließ sich teilweise darauf zurückführen, dass das Virus für jüngere Befragte als weniger gefährlich wahrgenommen wurde.

Diese umgekehrte Richtung des Zusammenhangs deutet sich nun auch für das Verschwörungsdenken an. Hier ist die Zustimmung unter älteren Befragten (über 46 Jahren) geringer ausgeprägt als unter jüngeren Befragten. Dies deckt sich auch mit anderen Studien, die Verschwörungsdenken im aktuellen Zusammenhang analysierten (Lamberty et al. 2022).

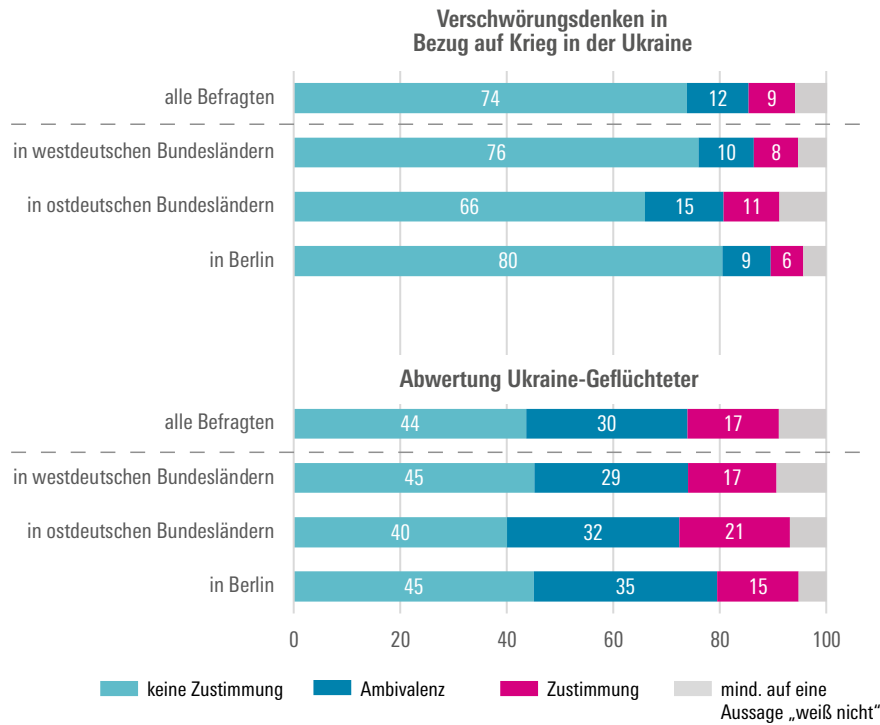
Für die Abwertungen ergeben sich nur minimale Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die höchsten Zustimmungsraten zeigen sich für Befragte zwischen 26 und 55 Jahren, während die Zustimmung bei älteren Befragten seltener ist. Diese Differenzen sind jedoch nicht statistisch si-

gnifikant. Für die jüngste Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen ist auffällig, dass zu den Aussagen beider Phänomene deutlich häufiger als in anderen Altersgruppen keine gültige Antwort zu den Aussagen getätigt wurden.

Der ebenfalls immer wieder im Zusammenhang rechtspopulistischer Einstellungen auftretende Befund der größeren Zustimmung in ostdeutschen Bundesländern (z. B. Küpper et al. 2021; Decker et al. 2020) zeigt sich anhand der vorliegenden Daten nicht durchgängig. Zwar sind die Zustimmungsraten zu den beiden Phänomenen in den ostdeutschen Bundesländern höher als in den westdeutschen (elf vs. acht Prozent und 21 vs. 17 Prozent), jedoch ist diese Differenz nicht allzu groß und nur im Fall des Verschwörungsdenkens statistisch signifikant (vgl. **Abbildung 11**).

Der detailliertere Blick auf die Zustimmungsraten nach Bundesland zeigt dann auch, dass kein einfacher West-Ost-Effekt bei den betreffenden Phänomenen vorliegt (vgl. Karten in **Abbildung 12**). Bei diesen Analysen gilt es in den bevölkerungsär-

Unterschiede im Antwortverhalten, nach Ost/West (Berlin aufgrund unklarer Zuordnung zusätzlich aufgeführt)
Angaben in Prozent

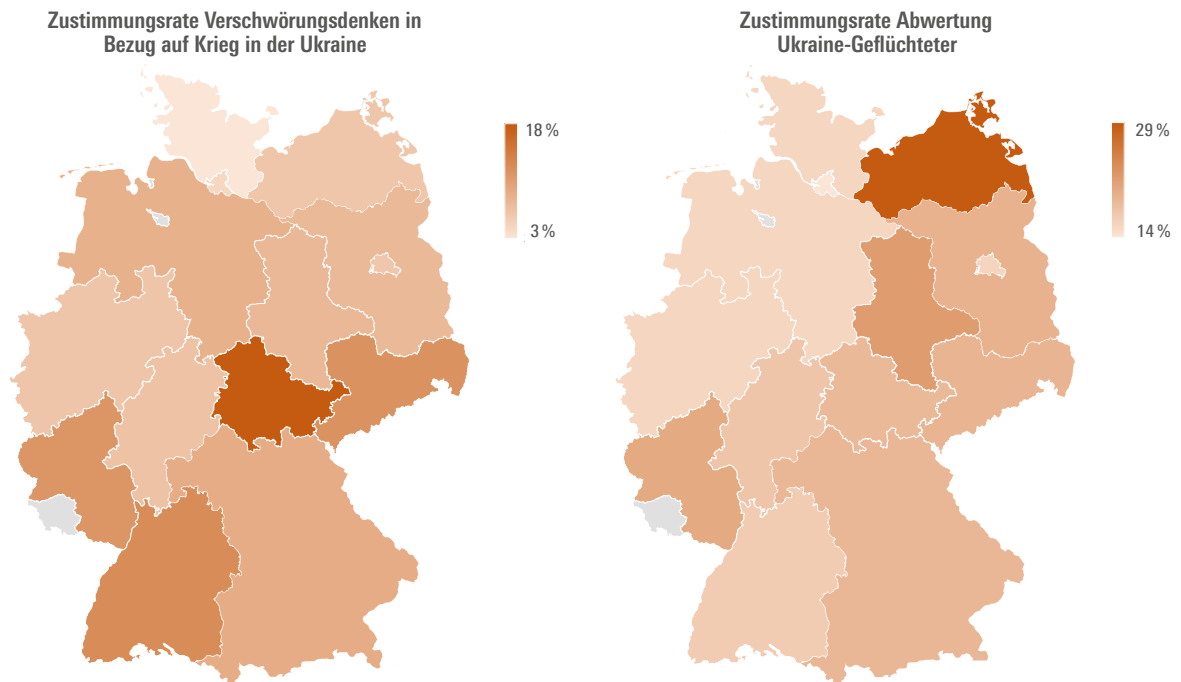


Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

Abbildung 12

Zustimmung zu Verschwörungsdenken (links) und Abwertung Ukraine-Geflüchteter (rechts), nach Bundesland*
Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

* Bremen und Saarland: keine Angaben aufgrund zu geringer Fallzahl (N<100)

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

meren Bundesländern die kleinere Fallzahl zu bedenken.¹⁰ Die höchsten Zustimmungsraten zum Verschwörungsdenken finden sich in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen (18 Prozent) und Sachsen (zwölf Prozent) sowie im westdeutschen Baden-Württemberg (zwölf Prozent) und Rheinland-Pfalz (elf Prozent). Besonders niedrig sind die Zustimmungsraten hingegen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen (jeweils unter sieben Prozent).

Für die Abwertung Ukraine-Geflüchteter ergibt sich folgendes Bild: Hier ist die Zustimmungsraten in allen ostdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich: in Mecklenburg-Vorpommern (29 Prozent bei kleiner Fallzahl (N=106)), Sachsen-Anhalt (22 Prozent), Sachsen (19 Prozent), Thüringen (19 Prozent) und Brandenburg (19 Prozent). Lediglich im westdeutschen Rheinland-Pfalz (20 Prozent) und in Bayern (19 Prozent) finden sich sonst noch überdurchschnittliche Zustimmungsraten. Deut-

lich unterdurchschnittlich ist die Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter hingegen erneut in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin mit Zustimmungsraten von maximal 15 Prozent.

6.2 Verbreitungen nach Kombinationen von soziodemographischen Faktoren

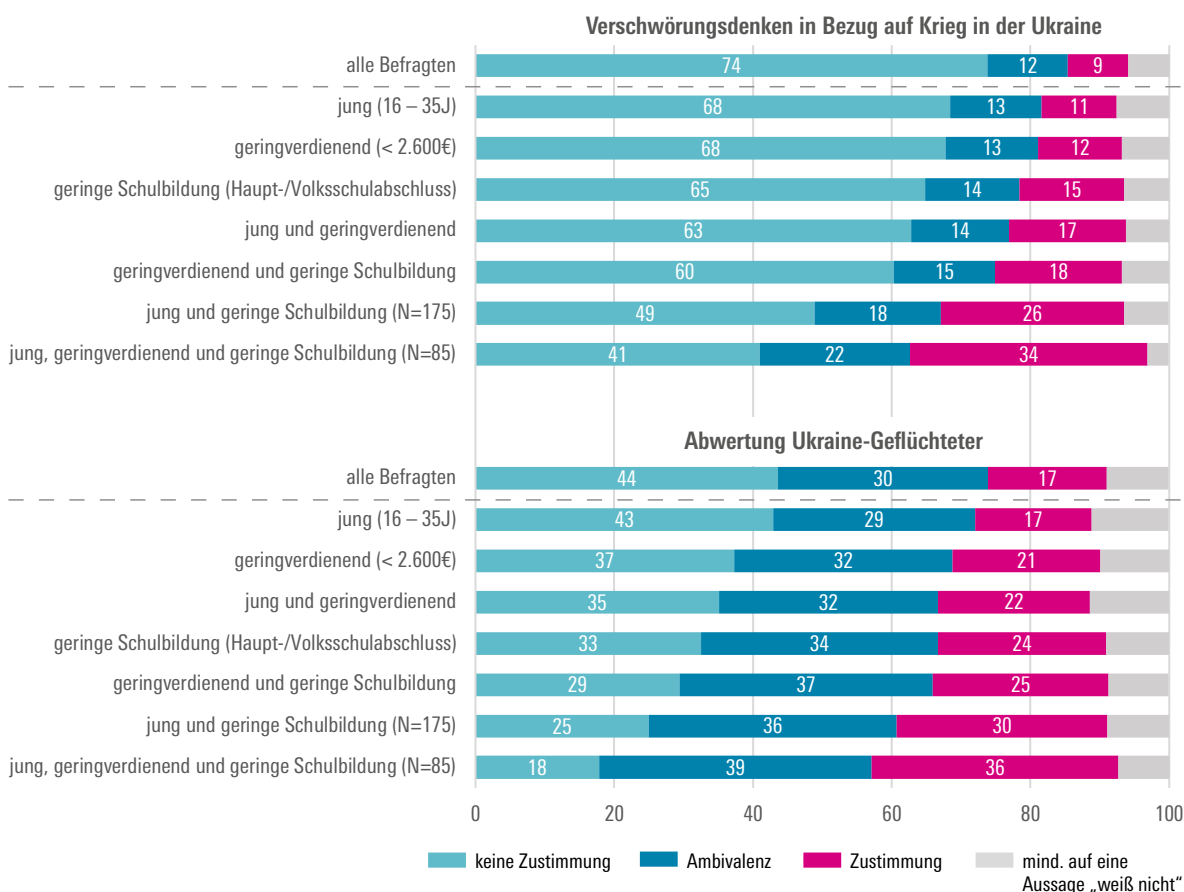
Besonders interessant ist es zudem Kombinationen von soziodemographischen Merkmalen zu betrachten, um noch zielgenauer besonders stark zustimmende Gruppen ausmachen zu können (vgl. **Abbildung 13**).¹¹

10 Es werden lediglich Bundesländer aufgeführt, bei denen die Fallzahl über N=100 liegt.

11 Hier muss einschränkend erwähnt werden, dass diese Analysen jedoch schnell an die Grenzen der Verallgemeinerbarkeit stoßen, da die Fallzahlen bei gleichzeitiger Betrachtung von zwei oder drei Merkmalen schnell zu klein für seriöse Aussagen werden. Aus diesem Grund werden in den Abbildungen die wenigen berücksichtigten Gruppenfallzahlen unter 200 explizit ausgewiesen.

Abbildung 13

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter, nach Kombinationen soziodemographischer Merkmale Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

Betrachtet man nun die Zustimmungshäufigkeiten zunächst für das Verschwörungsdenken, zeigt sich ein deutlich erhöhter Wert für junge Befragte unter 35 Jahren mit niedrigem Bildungsstand. Hier ist die Zustimmung mit 26 Prozent dreifach erhöht im Vergleich zu allen Befragten. Diese hohen Werte zeigen sich im Übrigen unabhängig vom Geschlecht unter den jungen Befragten mit Haupt- oder Volksschulabschluss. Wenn dann auch noch ein geringes Einkommen (monatliches Haushaltsnettoeinkommen unter 2.600 €) hinzukommt, scheint die durchschnittliche Zustimmung nochmals anzusteigen, wobei hier die sehr geringe Fallzahl einschränkend zu berücksichtigen ist.

Bemerkenswert ist aber, dass die Zustimmung unter allen Befragten mit geringem Schulabschluss und geringen Einkommen mit 18 Prozent zwar ebenfalls erhöht ist, jedoch deutlich niedriger liegt als unter denen, die zusätzlich auch noch jung sind (34 Prozent). Die benachteiligte Schichtzugehörigkeit zeigt sich also als besonders stark unter den jüngeren Befragten mit dem Verschwörungsdenken assoziiert. Ein ähnliches Muster zeigt sich für die Kombination jung und geringverdienend, die zwar ebenfalls mit 17 Prozent Zustimmung deutlich erhöhte Werte aufweisen, welche wiederum aber nochmals deutlich niedriger liegen als unter den bereits erwähnten jungen Geringverdienenden, die zusätzlich noch einen geringen Schulabschluss aufweisen (34 Prozent).

Für einige der hier betrachteten Kombinationen zeigt sich zudem, dass die Zustimmung unter Männern nochmal höher ist als unter Frauen. Beispielsweise sind die ohnehin bereits mit hohen Werten auffallenden Kombinationen jung und geringverdienend oder geringverdienend und geringe Schulbildung unter Männern nochmals stärker mit höheren Zustimmungen assoziiert als unter Frauen.

Ein insgesamt ähnliches Bild, wenn auch mit kleinen Abweichungen im Detail, ergibt sich, wenn nun die Zustimmungen zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter betrachtet werden. Auch hier ist es die Kombination aus jungen Befragten mit Haupt- oder Volksschulabschluss, die mit besonders hoher Zustimmung auffällt – konkret liegt unter ihnen mit 30 Prozent die Zustimmung fast doppelt so hoch wie im Schnitt aller Befragten. Unter ihnen stimmen mehr Befragte den Abwertungen zu, als dass sie abgelehnt werden. Analog zu den Befunden zum Verschwörungsdenken scheint auch hier die Zustimmung nochmals deutlich anzusteigen, wenn die Befragten zusätzlich noch ein geringes Einkommen aufweisen – erneut mit dem Hinweis auf die geringere Aussagekraft aufgrund der kleinen Fallzahl. Es zeigt sich also erneut, dass die Kombinationen geringverdienend mit geringer Schulbildung sowie jung und geringverdienend mit 25 bzw. 22 Prozent jeweils zwar erhöhte Zustimmungen aufweisen, diese jedoch erneut deutlich unter denen der besonders auffälligen Kombi-

nation aus jung und geringe Schulbildung liegen (36 Prozent).

Erneut ergeben sich auch bei den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter für einige der Kombinationen nochmals höhere Werte für Männer als für Frauen. So ist erneut beispielsweise die Kombination jung und geringverdienend etwas stärker unter Männern als unter Frauen mit höheren Zustimmungen assoziiert.

6.3 Verbreitungen nach Ausmaß an Sorgen und Belastungen

Als zweites Differenzierungsmerkmal wird das angegebene Ausmaß an Sorgen und Belastungen betrachtet. Die Sorgen waren bereits im Laufe der Pandemie deutlich angestiegen (vgl. Hövermann/Kohlrausch 2022 und **Abbildung A1 im Anhang**) und hatten in der jüngsten Erhebungswelle des Erwerbspersonenpanels besonders hohe Ausmaße angenommen. Neben der Sorge vor einer Kriegsausweitung, die 57 Prozent „große Sorgen“ bereitete, waren diese vor allem finanzieller Natur, wie beispielsweise Sorgen wegen der steigenden Preise (54 Prozent „große Sorgen“) aber auch auf gesellschaftliche Entwicklungen bezogen, wie beispielsweise Sorgen um die Entwicklung der sozialen Ungleichheit (41 Prozent „große Sorgen“) und um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft (39 Prozent „große Sorgen“).

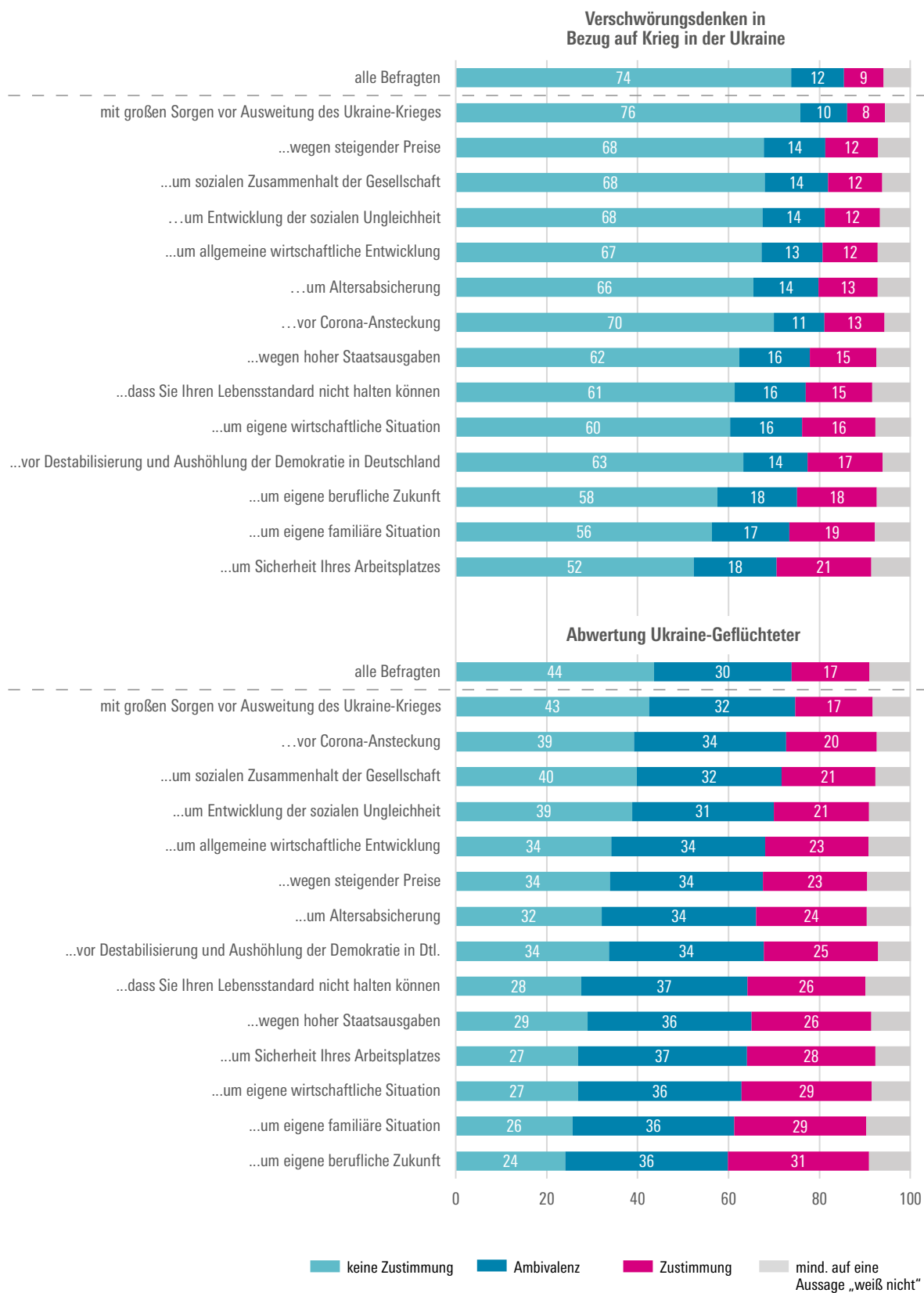
Im Folgenden wird betrachtet, ob sich Befragte, die Sorgen äußern, von anderen Befragten in ihrem Zustimmungsausmaß zum Verschwörungsdenken und zu Abwertungen Ukraine-Geflüchteter unterscheiden – und falls ja, welche Sorgen hier besonders relevant sind (vgl. **Abbildung 14**).

Hier fällt zunächst ein genereller Befund ins Auge: Befragte, die große Sorgen äußern – weitgehend unabhängig vom thematischen Inhalt der Sorgen – stimmen auch überdurchschnittlich häufig den hier interessierenden Phänomenen zu; mit einer Ausnahme: Befragte, die sich sehr um die Ausweitung des Ukrainekriegs sorgen, stimmen nicht stärker den Phänomenen zu als Befragte, die sich hier weniger sorgen. Im Gegenteil, hier sind es diejenigen, die keine Sorgen vor einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs haben, die deutlich häufiger dem Verschwörungsdenken (17 Prozent) und den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter (29 Prozent) zustimmen.

Betrachtet man anschließend den Inhalt der Sorgen genauer, zeigen sich deutlich erhöhte Zustimmungsraten insbesondere unter Befragten, die finanzielle, wirtschaftliche oder berufliche Sorgen äußern. So ist beispielsweise der Anteil der Zustimmung zum Verschwörungsdenken unter Befragten mit großen Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes oder unter Befragten mit großen Sorgen um die eigene berufliche Zukunft um ein zweifaches erhöht. Ähnlich das Bild bei der

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter unter Befragten mit großen Sorgen in ausgewählten Lebensbereichen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter: Hier sind es erneut Befragte mit großen Sorgen um die eigene berufliche Zukunft, um die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder um die eigene wirtschaftliche Situation unter denen die Zustimmung mit teilweise rund 30 Prozent deutlich erhöht ist.

Bezüglich der Belastungen wurde – wie bereits in vorherigen Befragungswellen des HBS-Erwerbspersonenpanels – eher generell nach sozio-emotionalen Belastungen in vier Bereichen gefragt: der finanziellen Situation, der familiären Situation, der

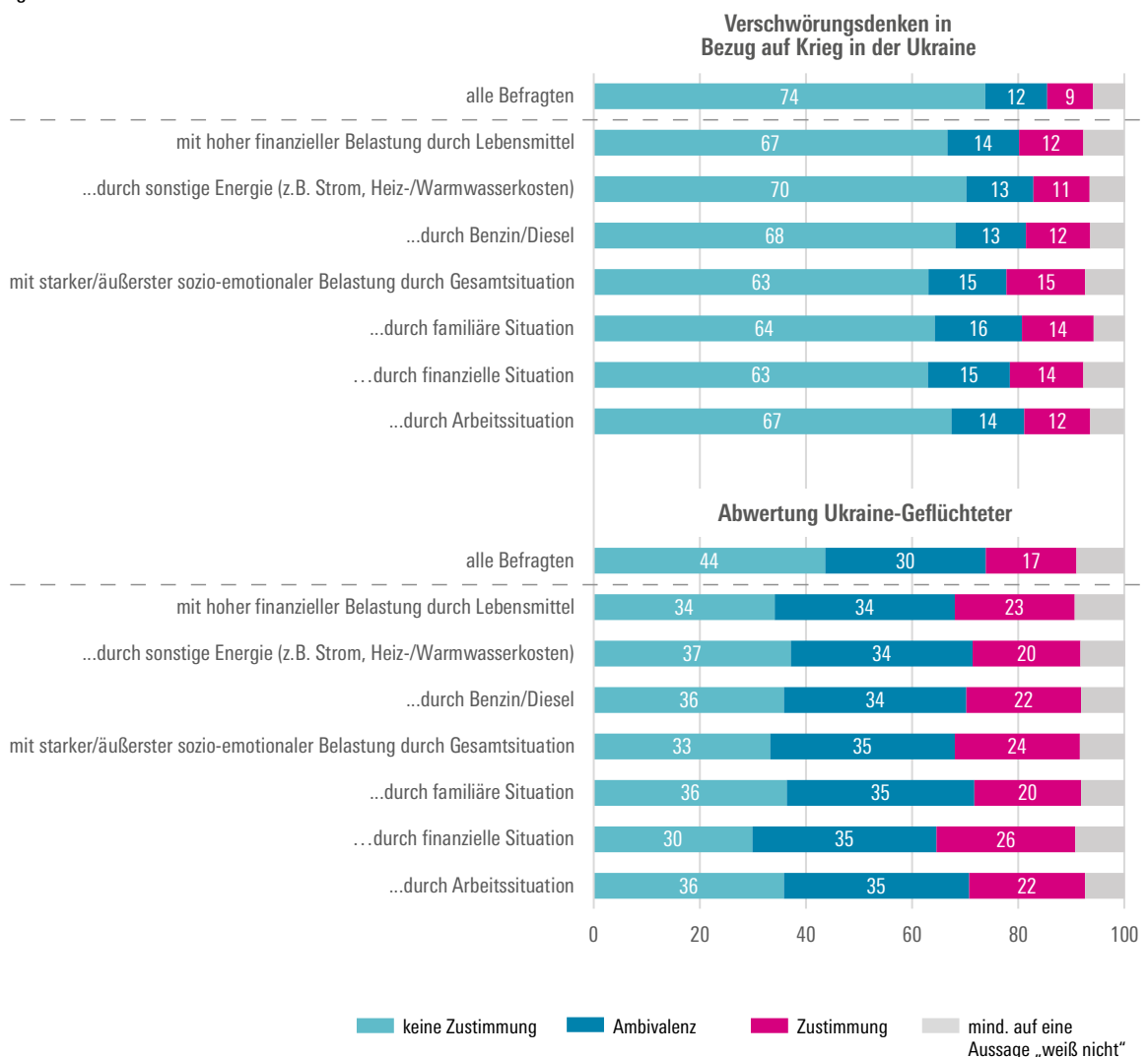
Arbeitssituation und der Gesamtsituation. Zwischen 14 und 25 Prozent der Erwerbspersonen gaben hier ein „starkes“ oder „äußerstes“ Belastungsgefühl“ an (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022).

Betrachtet man nun wie diese Befragten mit besonders großen Belastungen auf die Aussagen zum Verschwörungsdenken und zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter geantwortet haben, zeigt sich auch hier – ähnlich wie bei den Sorgen, dass Befragte, die ein hohes Belastungsgefühl angeben, auch häufiger Verschwörungsdenken oder Abwer-

Abbildung 15

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter unter Befragten mit besonders hohen Belastungen in ausgewählten Bereichen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

tungen Ukraine-Geflüchteter teilen (vgl. **Abbildung 15**). Im Einklang mit den oben dargestellten Befunden zu den Sorgen, sind es auch hier Befragte mit hohen Belastungen im Bereich der finanziellen Situation (sowie der Gesamtsituation), die mit den höchsten Zustimmungswerten auffallen.

In der aktuellen Erhebungswelle wurde zusätzlich explizit nach den finanziellen Belastungen durch die Preissteigerungen gefragt und differenziert nach Preissteigerungen für Treibstoffe, für Energie und für Lebensmittel. Zwischen 52 und 60 Prozent der Befragten stuften die finanziellen Belastungen in diesen Bereichen als „äußerst“ oder „stark“ ein (vgl. auch Behringer/Dullien 2022). Auch für diese Befragten, die hier besonders hohe Belastungen angaben, zeigen sich erhöhte Zustimmungswerte zum Verschwörungsdenken und zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter (vgl. **Abbildung 15**).

6.4 Verbreitungen nach politischen und gesellschaftsbezogenen Einstellungen

Als drittes Differenzierungsmerkmal werden im Folgenden politische und gesellschaftsbezogene Einstellungen fokussiert und dabei auf das Institutionenvertrauen, die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, die Wahlpräferenz und die Bedrohungswahrnehmung durch Benachteiligung und soziale Ungleichheit zurückgegriffen.

Zunächst wird betrachtet, wie sich das Zustimmungsausmaß zum Verschwörungsdenken und zu Abwertungen Ukraine-Geflüchteter danach unterscheidet, ob Befragte gesellschaftlichen Institutionen vertrauen. Dazu sollten die Befragten das Ausmaß ihres Vertrauens in die folgenden acht Institutionen einstufen – und zwar auf einer 5-stufigen Skala (habe „überhaupt kein“, „nur wenig“, „mittelmäßiges“, „großes“, „sehr großes“ Vertrauen): die Polizei, die Gerichte, die öffentlich-rechtlichen Medien, die sozialen Medien, die Bundeswehr, die Gewerkschaften, die Parteien und die Bundesregierung.

Die Institutionen, denen am meisten Befragte „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen schenken, sind die Polizei (52 Prozent), die Gerichte (41 Prozent) und die öffentlich-rechtlichen Medien (28 Prozent). Umgekehrt ist der Anteil der Befragten, die nur „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen angeben für folgende Institutionen am höchsten: soziale Medien (65 Prozent), Parteien (56 Prozent), Bundesregierung (43 Prozent) und erneut die öffentlich-rechtlichen Medien (36 Prozent), die offenbar sehr polarisieren.

Für die Zustimmung zu den relevanten Phänomenen wird sich für die folgende Analyse auf diejenigen Befragten konzentriert, die den entsprechenden Institutionen nur „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen schenken, da sich in zahlreichen früheren Studien insbesondere das

fehlende Institutionenvertrauen oder gar Institutionenmisstrauen als besonders relevant zur Erklärung rechtspopulistischer Einstellungen oder dem Verschwörungsdenken erwiesen haben (Heitmeyer 2018; Rees/Lamberty 2019).

Auch in den vorliegenden Daten zeigt sich, dass Befragte, die Institutionen nur sehr geringes Vertrauen schenken, auch häufiger Verschwörungsdenken und Abwertungen Ukraine-Geflüchteter zustimmen (vgl. **Abbildung 16**). Besonders hoch ist der Anteil der Zustimmung unter den Befragten mit geringem Vertrauen in die Polizei oder die Gerichte. Dies ist sicherlich zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass das generelle Vertrauen in diese beiden Institutionen in Deutschland – wie oben berichtet – besonders hoch ist und man bei der Fokussierung auf diejenigen, die diesen Institutionen wenig Vertrauen schenken, nur eine kleinere Minderheit von 15 bis 21 Prozent betrachtet. Der Anteil, der den anderen Institutionen ein geringes Vertrauen schenkt, ist wie oben dargestellt mit teilweise über 50 Prozent der Befragten deutlich größer.

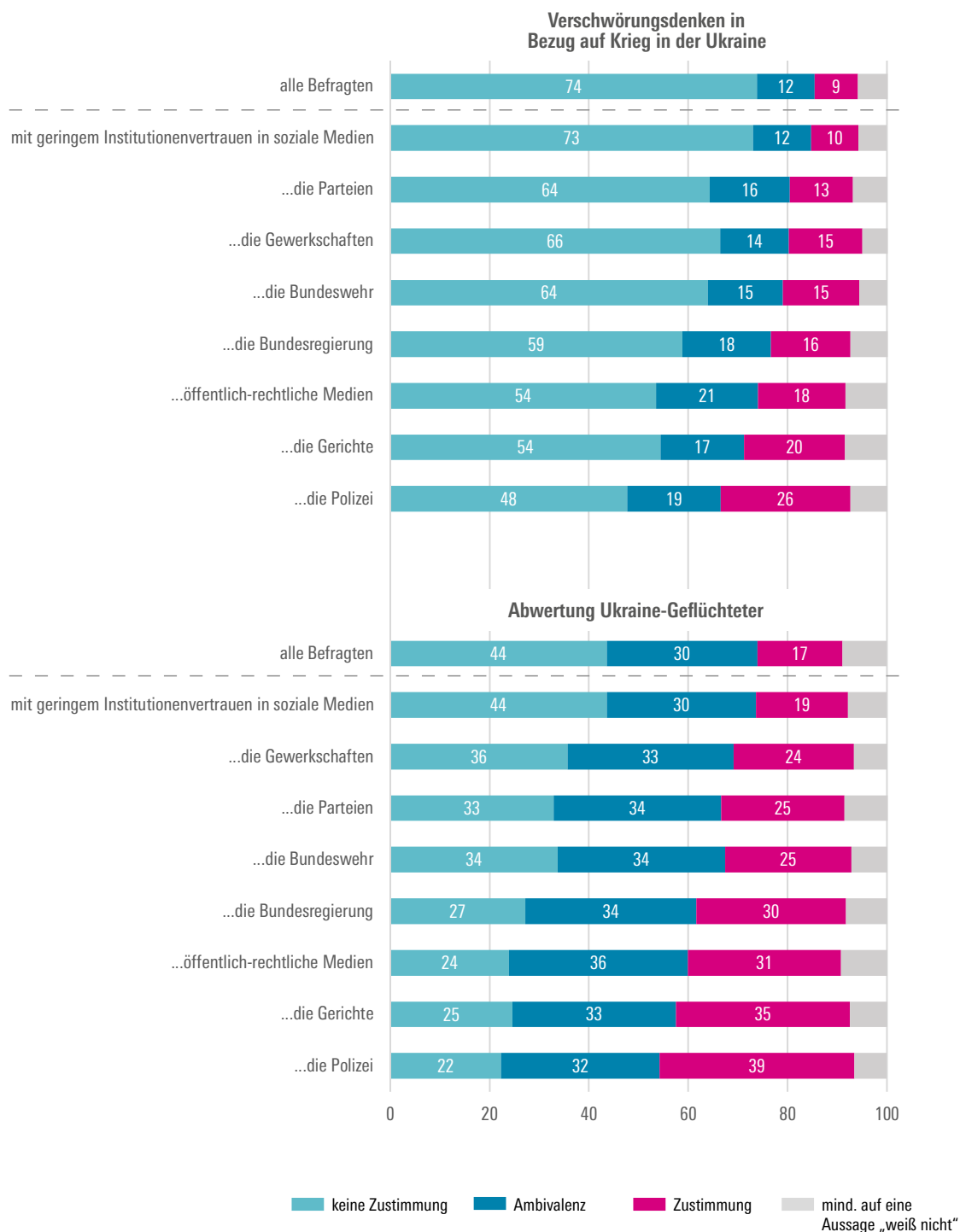
Betrachtet man die Werte derjenigen, die politischen Institutionen wie den Parteien oder der Bundesregierung nur ein geringes Vertrauen schenken, zeigen sich auch hier deutlich erhöhte Zustimmungsraten sowohl für das Verschwörungsdenken als auch für die Abwertung Ukraine-Geflüchteter. Beispielsweise liegen die Zustimmungswerte unter denjenigen, die ein nur geringes Vertrauen in die Bundesregierung angeben, rund 1,8-mal so hoch wie beim Durchschnitt der Befragten. Zudem fallen die Befragten, die den öffentlich-rechtlichen Medien nur wenig Vertrauen schenken, mit stark erhöhten Zustimmungswerten auf (vgl. Rees/Papendick 2021; Jakob 2017, 2019; Papendick et al. 2020).

Zudem wird hier die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung betrachtet. Hierzu wurde im HBS-Erwerbspersonenpanel speziell auf das Krisenmanagement abgezielt und in den ersten Erhebungswellen mit Fokus auf die Pandemie befragt. Während zu Beginn der Pandemie nur eine Minderheit von rund einem Drittel hier Unzufriedenheit angab, stieg dieser Wert vor allem für die Erhebungen im Jahr 2021 zunächst auf 45 Prozent und dann Anfang 2022 auf 69 Prozent, die mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bezüglich der Pandemiebewältigung unzufrieden sind (Hövermann/Kohlrausch 2022). In der aktuellen Erhebungswelle bleibt die Unzufriedenheit hoch – bei 65 Prozent der Befragten.

Zusätzlich wurde für die jüngste Erhebung eine weitere Aussage zur Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement mitaufgenommen – diesmal mit Bezug zum Ukrainekrieg, um zwischen den beiden Themen Pandemie und Ukrainekrieg differenzieren zu können. Die Befunde zeigten, dass die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bezüglich des Ukraine-Kriegs nochmals

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter unter Befragten mit geringem Institutionenvertrauen in ausgewählte Institutionen

Angaben in Prozent

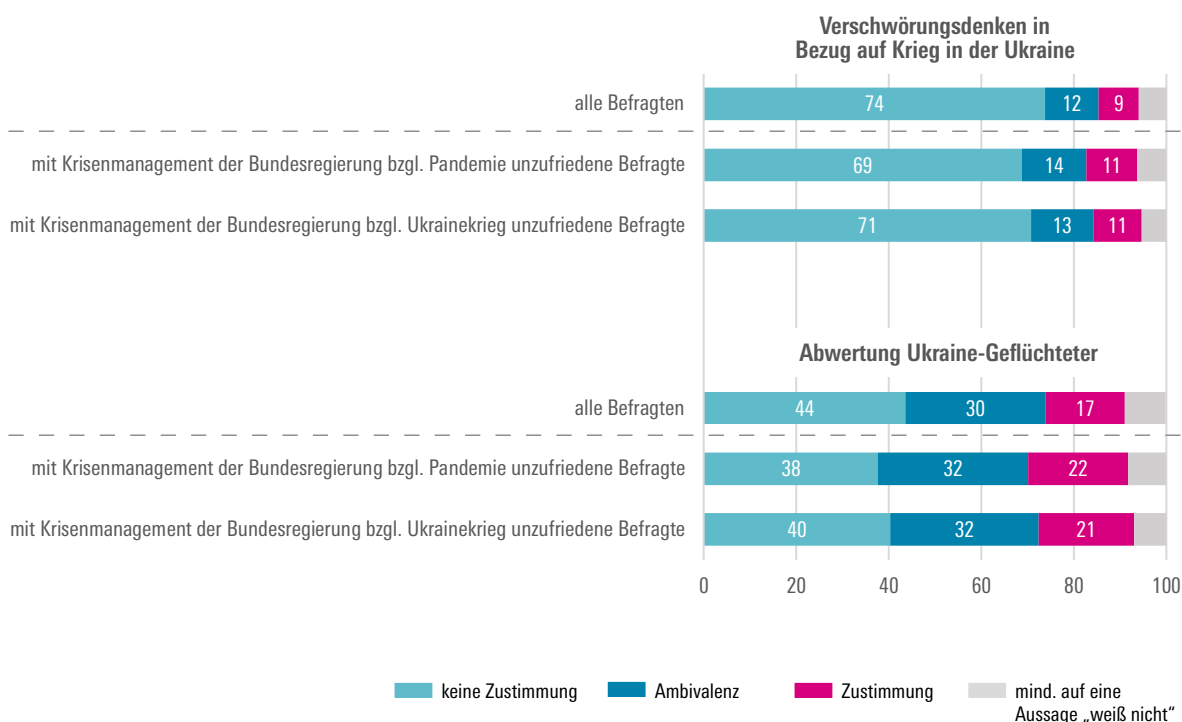


Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter unter Befragten, die mit Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden sind

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

WSI

weiter verbreitet ist – mit 70 Prozent Unzufriedenen, denen nur 24 Prozent Zufriedene gegenüberstehen (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022).

Im Folgenden wird betrachtet, wie die mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung Unzufriedenen zum Verschwörungsdenken und zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter stehen (vgl. **Abbildung 17**). Auch hier zeigen sich signifikant höhere Zustimmungswerte für die Unzufriedenen. Die Differenzen sind jedoch nicht so groß, wie bei dem Institutionenvertrauen, was auch auf die besonders große Verbreitung der Unzufriedenheit unter den Befragten zurückzuführen ist.

Bei der Parteiwahl bzw. der sogenannten Sonntagsfrage (also welche Partei man wählen würde, wäre am Sonntag Bundestagswahl) zeigten sich ebenfalls in vorherigen Studien zu rechtspopulistischen Einstellungen und Verschwörungsdenken immer wieder erhebliche Unterschiede zwischen den Parteipräferenzen (vgl. Zick/Küpper 2021;

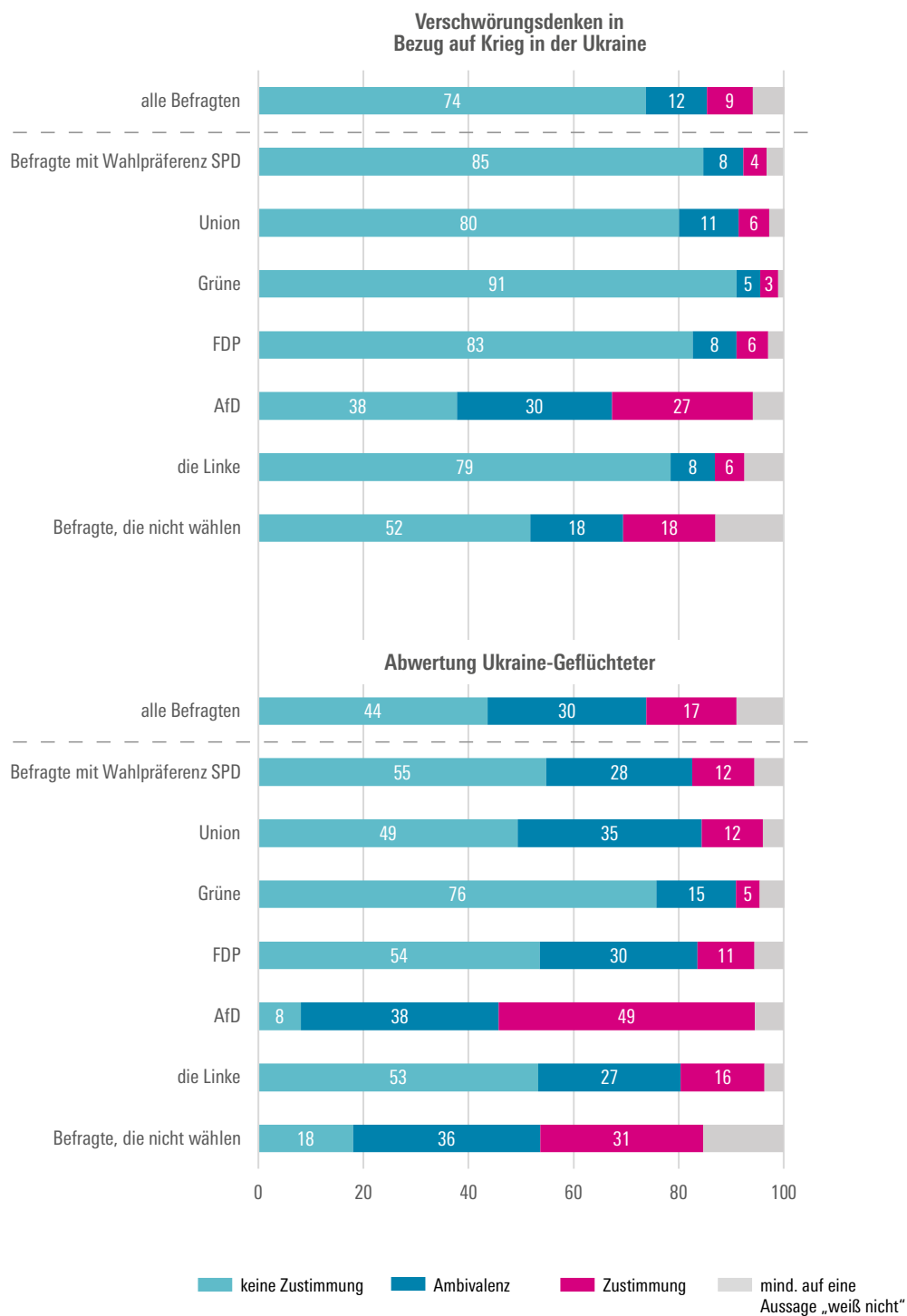
Lamberty/Rees 2021; Lamberty et al. 2022; Hövermann 2021).

Auch in den vorliegenden Daten wird deutlich, dass Befragte, die angaben, eine der größten demokratischen Parteien in Deutschland zu wählen, auch unterdurchschnittlich häufig dem Verschwörungsdenken oder der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zustimmen (vgl. **Abbildung 18**). Besonders niedrig sind hier die Werte der Grünen-Wähler*innen, unter denen nur ein Prozent dem Verschwörungsdenken und nur fünf Prozent der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zustimmen.

Gänzlich anders das Bild unter AfD-Wähler*innen, die mit deutlich überdurchschnittlichen Werten auffallen. So stimmen unter ihnen 27 Prozent dem Verschwörungsdenken und sogar 49 Prozent der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zu. Lediglich acht Prozent der AfD-Wähler*innen lehnen die abwertenden Aussagen gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine ab. Zudem

Verschwörungsdenken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter, nach Wahlpräferenz

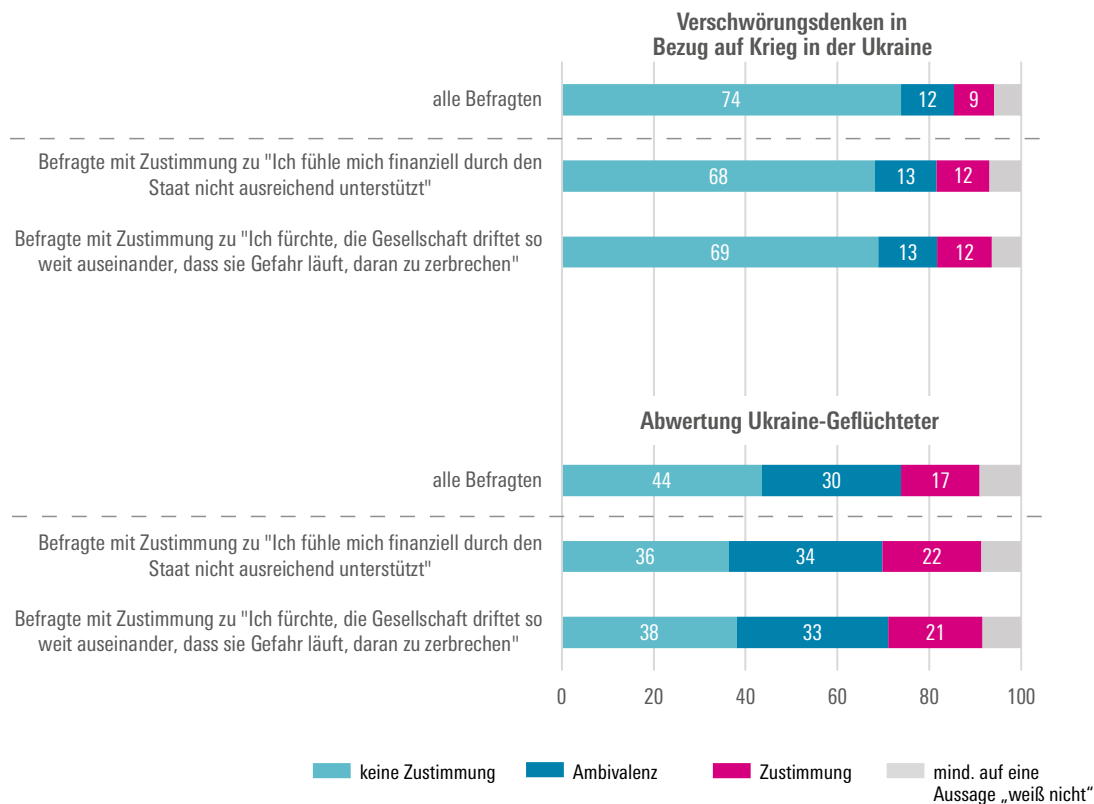
Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

Verschwörungsdanken und Abwertung Ukraine-Geflüchteter, nach Bedrohung durch Benachteiligung und soziale Ungleichheit Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)



zeigt sich als besonders auffällig, dass Befragte, die angaben, nicht wählen zu wollen, ebenfalls deutlich erhöhte Zustimmungswerte aufweisen: 18 Prozent von ihnen stimmen dem Verschwörungsdanken zu, 31 Prozent von ihnen der Abwertung Ukraine-Geflüchteter. Unter ihnen ist zudem der Anteil besonders hoch, der keine gültigen Angaben zu den hier fokussierten Aussagen tätigte.

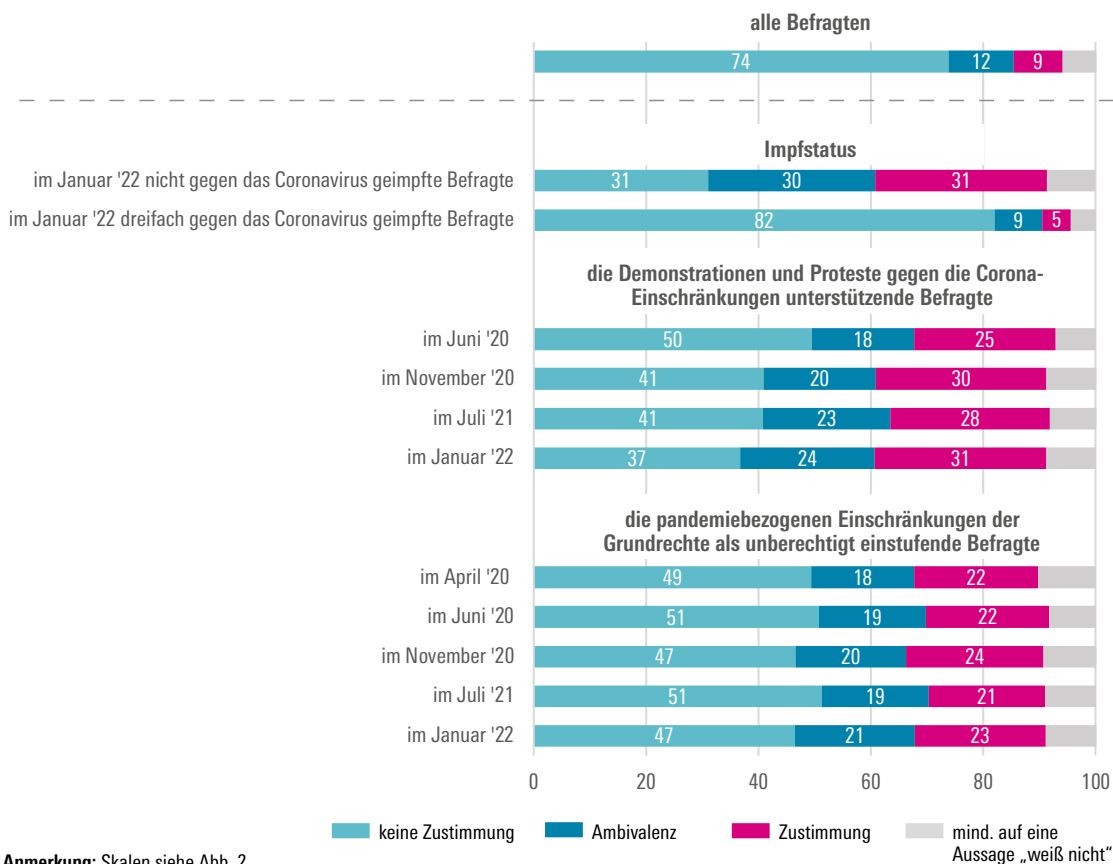
Abschließend wird in diesem Abschnitt die Bedrohungswahrnehmung durch Benachteiligungen und durch soziale Ungleichheit betrachtet. Hier erwies sich die Verbreitung in der aktuellen Erhebungswelle unter den Befragten als sehr hoch: zwei Drittel der Befragten fühlten sich „finanziell durch den Staat nicht ausreichend unterstützt“ und ebenso viele fürchteten, „dass die Gesell-

schaft so weit auseinanderdriftet, dass sie Gefahr läuft, daran zu zerbrechen“ (vgl. Kohlrausch/Hövermann 2022).

Betrachtet man, wie diese beiden Aussagen mit den hier fokussierten Phänomenen einhergehen, zeigt sich, dass Befragte, die sich finanziell durch den Staat nicht ausreichend unterstützt fühlen, auch häufiger dem Verschwörungsdanken und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zustimmen als der Durchschnitt der Befragten (vgl. **Abbildung 19**). Ebenfalls erhöht sind die Werte der Befragten, die ein erhebliches Maß an gesellschaftlichem Dissens und Ungleichheit wahrnehmen und fürchten, dass „die Gesellschaft so weit auseinanderdriftet, dass sie Gefahr läuft, daran zu zerbrechen“.

Verschwürungsdenken, nach Impfstatus und früherer Ablehnung der pandemiebezogenen Grundrechteinschränkungen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 (N=7.651), 2 (N=6.203–6.253), 3 (N=6.020–6.034), 5 (N=6.090–6.131), 7 (N=6.300–6.349), 8 (N=6.234)

WSI

7 FRÜHERE EINSTELLUNGEN UND SORGEN

Lohnend ist zudem der Blick auf frühere Angaben zu Einstellungen und Sorgen der Befragten, die jetzt Verschwörungsdenken oder Abwertungen Ukraine-Geflüchteter teilen. Dies lässt sich aufgrund der Panel-Struktur der Daten der Erwerbspersonenbefragung betrachten, da die allermeisten Befragten an zahlreichen vorherigen Wellen seit Beginn der Corona-Pandemie teilgenommen haben.

Der Fokus liegt im Folgenden auf den Einstellungen zu den pandemiebezogenen Grundrechteinschränkungen, der Zustimmung zu Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und zu früheren finanziellen Problemen.

7.1 Impfstatus und Einstellungen zu pandemiebezogenen Grundrechteinschränkungen

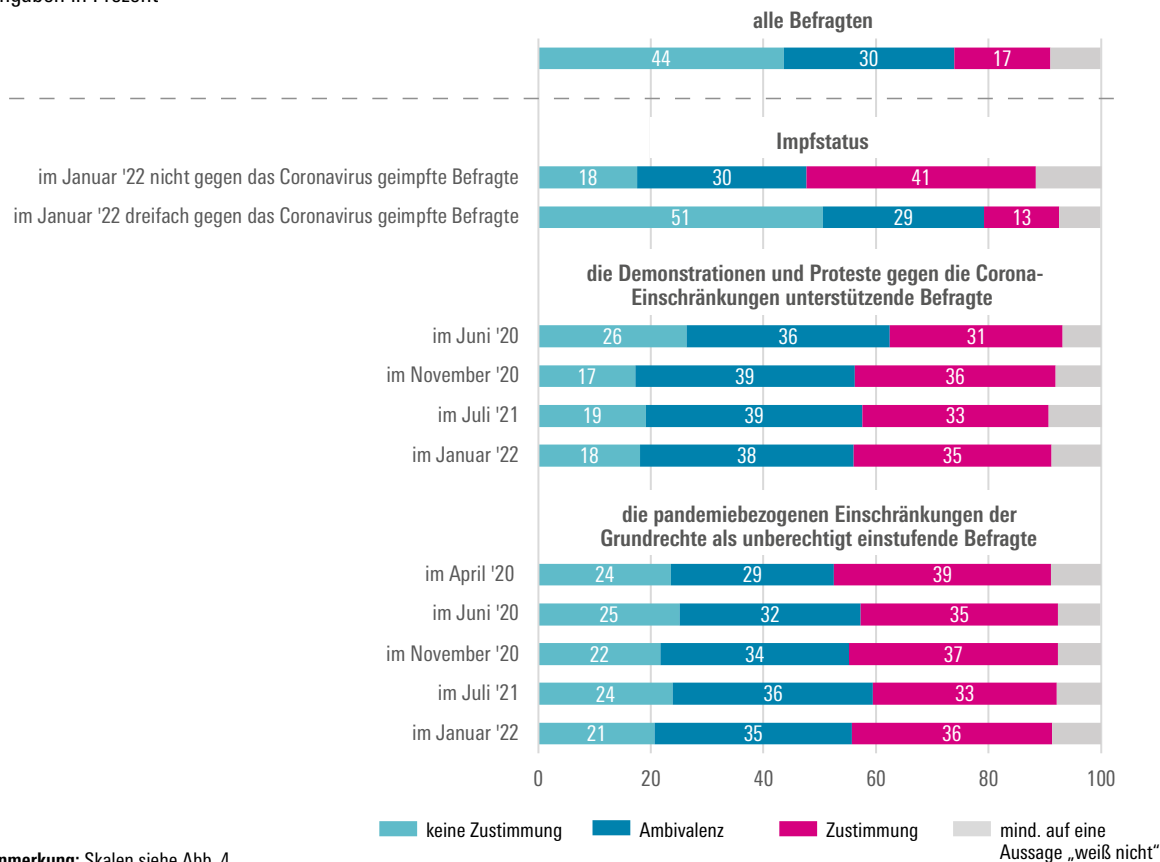
Sowohl die COSMO-Studie (2022) als auch CeMAS (Lamberty et al. 2022) konnten bereits zeigen,

dass der Corona-Impfstatus, die eingeschätzte Angemessenheit der Corona-Schutzmaßnahmen und die Protestbereitschaft gegen die Corona-Beschränkungen eng mit dem Verschwörungsdenken im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zusammenhängen: je größer die Skepsis gegenüber dem Impfen und je größer der Widerstand gegen die Corona-Beschränkungen, desto häufiger die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen rund um den Krieg gegen die Ukraine.

Wird dies nun mit den Daten des HBS-Erwerbspersonenpanels betrachtet, lässt sich ähnliches konstatieren (vgl. **Abbildung 20**). Befragte, die sich im Januar 2022 noch nicht gegen das Coronavirus geimpft hatten, haben eine mehr als dreieinhalbfach erhöhte Zustimmungsrates zum Verschwörungsdenken mit Bezug zum Ukrainekrieg. Während also unter allen Befragten eine große Mehrheit von knapp 74 Prozent die Aussagen zum Verschwörungsdenken ablehnen – unter geboosterten Befragten liegt dieser Wert gar bei 82 Prozent – gibt es unter ungeimpften Befragten mit jeweils rund 31 Prozent ähnlich viele Verschwörungsdenken ab-

Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine, nach Impfstatus und früherer Ablehnung der pandemiebezogenen Grundrechteinschränkungen

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 (N = 7.651), 2 (N = 6.203 – 6.253), 3 (N = 6.020 – 6.034), 5 (N = 6.090 – 6.131), 7 (N = 6.300 – 6.349), 8 (N = 6.234)

WSI

lehnende, ambivalente und zustimmende Befragte. Oder anders ausgedrückt: fast jede*r dritte nicht gegen das Coronavirus geimpfte Befragte, stimmt den beiden Aussagen zum Verschwörungsdenken zu.

Auch wurde in früheren Erhebungswellen die Einstellung zu den pandemiebezogenen Einschränkungen der Grundrechte erfragt – und zwar sollte einerseits eingestuft werden, wie unberechtigt oder berechtigt diese empfunden werden. Andererseits wurde die Unterstützung für Demonstrationen und Proteste gegen die Corona-Einschränkungen erhoben. Der Anteil der Befragten, der die Einschränkungen als unberechtigt einstufte, stieg im Laufe der Erhebungen von 7,3 Prozent im April '20 auf 22 bis 23 Prozent Mitte '21 und Anfang '22 an. Bei der Unterstützung der Demonstrationen und Proteste gegen die Corona-Einschränkungen erweist sich die Zustimmung unter den Befragten als relativ stabil – zunächst zwischen 16 und zwölf Prozent schwankend und dann zuletzt mehrfach bei rund 14 bis 15 Prozent liegend.

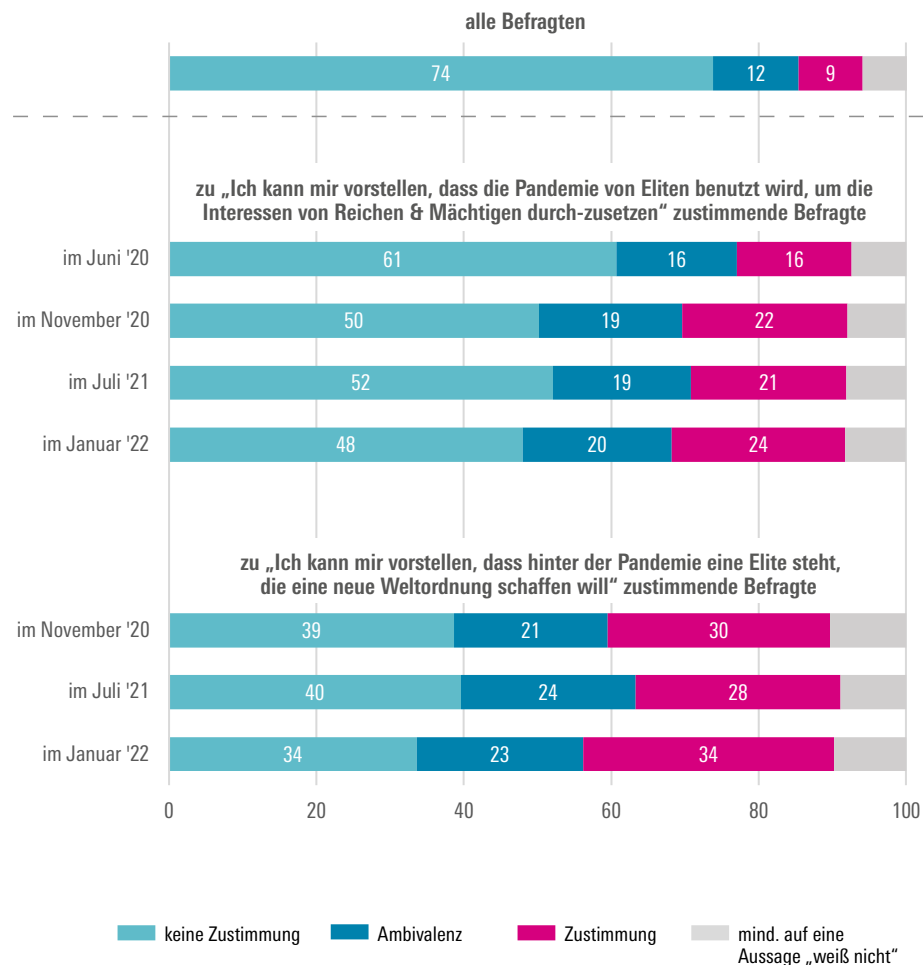
Betrachtet man nun, wie die Befragten, die die Einschränkungen ablehnten, zum Verschwö-

rungsdenken in Bezug zum Krieg in der Ukraine stehen, zeigt sich hier eine deutlich erhöhte Zustimmung – und zwar konstant und unabhängig vom Erhebungszeitpunkt (vgl. **Abbildung 20**). So ist die Zustimmung zum Verschwörungsdenken rund zweieinhalbfach erhöht unter denjenigen Befragten, die die pandemiebezogenen Einschränkungen der Grundrechte als unberechtigt einstufen. Nochmals höher sind dann hier die Zustimmungswerte unter denjenigen, die die Proteste gegen die Corona-Einschränkungen unterstützen. Hier stimmen je nach Erhebungszeitpunkt 25 bis 30 Prozent dem Verschwörungsdenken mit Bezug zum Ukrainekrieg zu – ein teilweise dreieinhalbfach erhöhter Wert.

Jedoch zeigt sich dieses Muster der genannten Gruppen nicht nur für ihr Antwortverhalten zum Verschwörungsdenken in Bezug zum Ukrainekrieg, sondern bemerkenswerterweise in ähnlichem Ausmaß auch für die Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter (vgl. **Abbildung 21**). So stimmen Befragte, die sich im Januar 2022 noch nicht gegen das Coronavirus geimpft hatten, dreimal so häufig den Abwertungen zu wie Befragte, die zu dem Zeitpunkt bereits geboostert waren (41 vs. 13 Prozent).

Verschwürungsdenken, nach früherer Zustimmung zu Verschwörungserzählungen zur Pandemie

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 2 (N = 6.055), 3 (N = 5.891–5.930), 5 (N = 6.036–6.047), 7 (N = 6.235–6.253), 8 (N = 6.234)

WSI

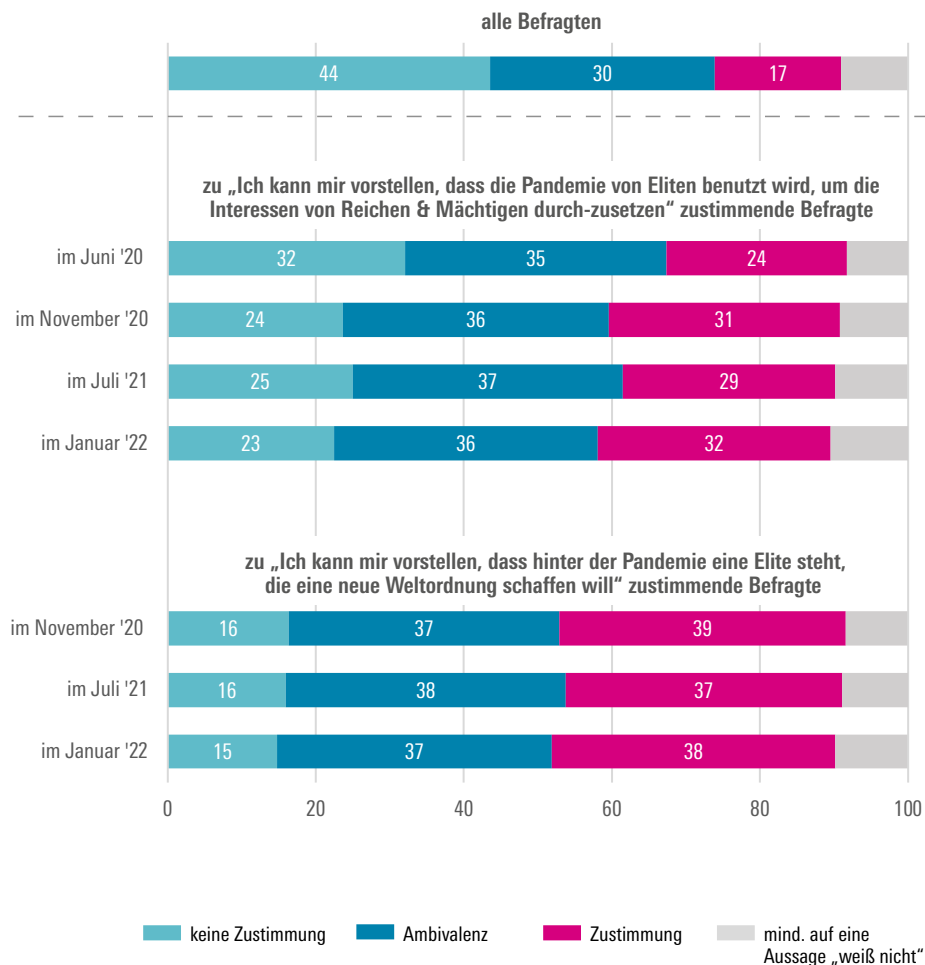
Ähnlich dann auch die erhöhten Zustimmungswerte unter Befragten, die die pandemiebedingten Grundrechtseinschränkungen ablehnten. Unter Befragten, die diese als unberechtigt einstufen, ist die Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchtete mehr als zweifach erhöht; unter Befragten, die die Demonstrationen und Proteste gegen die Einschränkungen unterstützten, ebenfalls. Nur jede*r vierte oder fünfte dieser Befragten, die die Proteste unterstützten oder die Grundrechtseinschränkungen ablehnten, stimmt den Abwertungen Ukraine-Geflüchteter nicht zu.

7.2 Verschwörungserzählungen in Bezug auf die Pandemie

In einigen der vorherigen Erhebungswellen wurde auch die Zustimmung der Befragten zu Verschwörungserzählungen mit Bezug zur Corona-Pandemie erfasst. Dabei wurden folgende zwei Aussagen erhoben (vgl. Hövermann 2021): „Ich kann mir vorstellen, dass hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will“ sowie „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen“. Die Zustimmungsraten waren hier über mehrere Erhebungen hinweg stabil und lagen für die erste Aussage bei 28 bis 40 Prozent und bei der zweiten Aussage bei 18 bis 20 Prozent unter den Erwerbspersonen (ebd.).

Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine, nach früherer Zustimmung zu Verschwörungserzählungen zur Pandemie

Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 2 (N = 6.055), 3 (N = 5.891–5.930), 5 (N = 6.036–6.047), 7 (N = 6.235–6.253), 8 (N = 6.234)



Es zeigt sich nun, dass Befragte, die diesen konspirativen Aussagen zu früheren Zeitpunkten in der Pandemie zustimmten, auch jetzt dem Verschwörungsgedanken deutlich häufiger zustimmen als der Durchschnitt der Befragten (vgl. [Abbildung 22](#)).¹² So stimmen z. B. Befragte, die sich Anfang '22 vorstellen konnten, dass „hinter der Pandemie eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will“, fast viermal so häufig dem Verschwörungsgedanken rund um den Ukrainekrieg zu wie der Durchschnitt

der Befragten (34 vs. 8,7 Prozent). Auch wenn man noch weiter zurück geht, zeigt sich, dass Befragte, die bereits im November '20 – also anderthalb Jahre vor der aktuellen Welle – der konspirativen Aussage zur neuen Weltordnung zustimmten, knapp dreieinhalb Mal so häufig aktuell dem Verschwörungsgedanken rund um den Ukrainekrieg zustimmen wie der Durchschnitt der Befragten (30 vs. 8,7 Prozent). Damit wird nicht nur eine Austauschbarkeit der Verschwörungsthemen sichtbar, sondern es deutet sich auch an, wie stabil die Zustimmungen zum Verschwörungsgedanken im Zeitverlauf sind.

Bemerkenswert ist zudem, dass früheres Verschwörungsgedanken nicht nur eng mit aktuellem Verschwörungsgedanken zusammenhängt, sondern auch mit der Abwertung Ukraine-Geflüchteter (vgl. [Abbildung 23](#)). Auch hier stimmen beispielsweise Be-

¹² Hier ist sicher einschränkend zu erwähnen, dass auch die Aussagen zum Verschwörungsgedanken bezogen auf den Krieg in der Ukraine in der Formulierung einen Bezug zur Pandemie herstellen, dennoch fokussieren sie auf die Bewertung einer anderen politischen Situation (Angriffskrieg auf die Ukraine).

Verschwörungsdenken und Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine, nach früheren finanziellen Sorgen und Einbußen während der Pandemie
Angaben in Prozent



Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2 und 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 (N=7.677), 2 (N=6.309), 3 (N=6.102), 5 (N=6.189), 7 (N=6.419), 8 (N=6.234)

fragte, die der Aussage zur neuen Weltordnung zu früheren Zeitpunkten der Pandemie zustimmten, mehr als doppelt so häufig wie der Durchschnitt aller Befragten zu (37 bis 39 Prozent vs. 17 Prozent). Auch hier zeigt sich der erhöhte Zustimmungswert auch dann noch, wenn selbst relativ weit zurückliegende Zustimmung zu Verschwörungserzählungen

im November 2020 betrachtet wird. Und auch hier ist beachtlich, wie gering hier der Anteil ist, der die Abwertungen ablehnt: weniger als jede*r sechste Befragte, der der konspirativen Aussage zur neuen Weltordnung zustimmte, lehnt die abwertenden Aussagen gegenüber geflüchteten Menschen ab.

7.3 Finanzielle Probleme während der Pandemie

Abschließend wird hier noch das Antwortverhalten derjenigen betrachtet, bei denen bereits zu früheren Zeitpunkten finanzielle Probleme auftauchten. Dazu wird einerseits auf den Indikator der Einbußen beim Haushaltseinkommen zurückgegriffen, der kumuliert erfasst hat, ob Befragte zu einem Zeitpunkt der Pandemie Einkommenseinbußen angegeben haben oder nicht. Andererseits wird beispielhaft für finanzielle Sorgen die mehrfach erfragte Angabe der großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation herangezogen. In ersten Analysen der aktuellen Erhebungswelle konnte gezeigt werden, dass Befragte, die jetzt finanzielle Sorgen äußerten besonders häufig bereits zu früheren Zeitpunkten in der Pandemie finanzielle Sorgen hatten und sich hier die besonders belasteten Gruppen in beträchtlichem Ausmaß überschneiden (Kohlrausch/Hövermann 2022).

Wie in **Abbildung 24** ersichtlich, stimmen nun Befragte, die im Laufe der Pandemie Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, auch häufiger dem Verschwörungsdenken und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter zu als Befragte, die keine Einbußen hatten. Die Differenzen sind hier nicht besonders groß, jedoch statistisch signifikant.

Markanter fallen die Differenzen hingegen aus, wenn das Antwortverhalten der Befragten mit großen finanziellen Sorgen während der Pandemie betrachtet wird. Ihre Zustimmungswerte zum Verschwörungsdenken sind rund zweifach erhöht und zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter mehr als anderthalbfach.

Diese Befunde sind einerseits Ausdruck dessen, dass sich hier die Befragtengruppen zu einem großen Teil überlappen – also Befragte bereits seit längerem finanzielle Sorgen haben. Sie bestätigen aber auch nochmal die Relevanz finanzieller Sorgen im Zusammenhang mit den hier betrachteten Phänomenen des Verschwörungsdenkens und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter – und zwar sowohl die aktuellen finanziellen Sorgen als auch die bereits etwas zurückliegenden finanziellen Sorgen.

8 DIE ROLLE DER FINANZIELLEN SORGEN UND DER POLITISCHEN ENTFREMDUNG IN DER ANALYSE DES WIRK-MECHANISMUS

Im abschließenden Teil der Analysen steht nun die Frage des Wirk-Mechanismus im Vordergrund. Hier geht es also weniger darum, besonders stark zustimmende Bevölkerungsgruppen herauszuarbeiten, sondern den Wirk-Mechanismus besser zu verstehen.

Dazu wird auf sogenannte statistische Pfadmodelle zurückgegriffen, mit denen explizit die Rolle verschiedener Faktoren gleichzeitig betrachtet und theoretisch begründet angeordnet werden kann. Fokussiert wird darauf, wie finanzielle Sorgen mit den beiden Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen zusammenhängen und welche Rolle hier die politische Entfremdung – also die Abkehr der Befragten von demokratischen Institutionen – spielt.

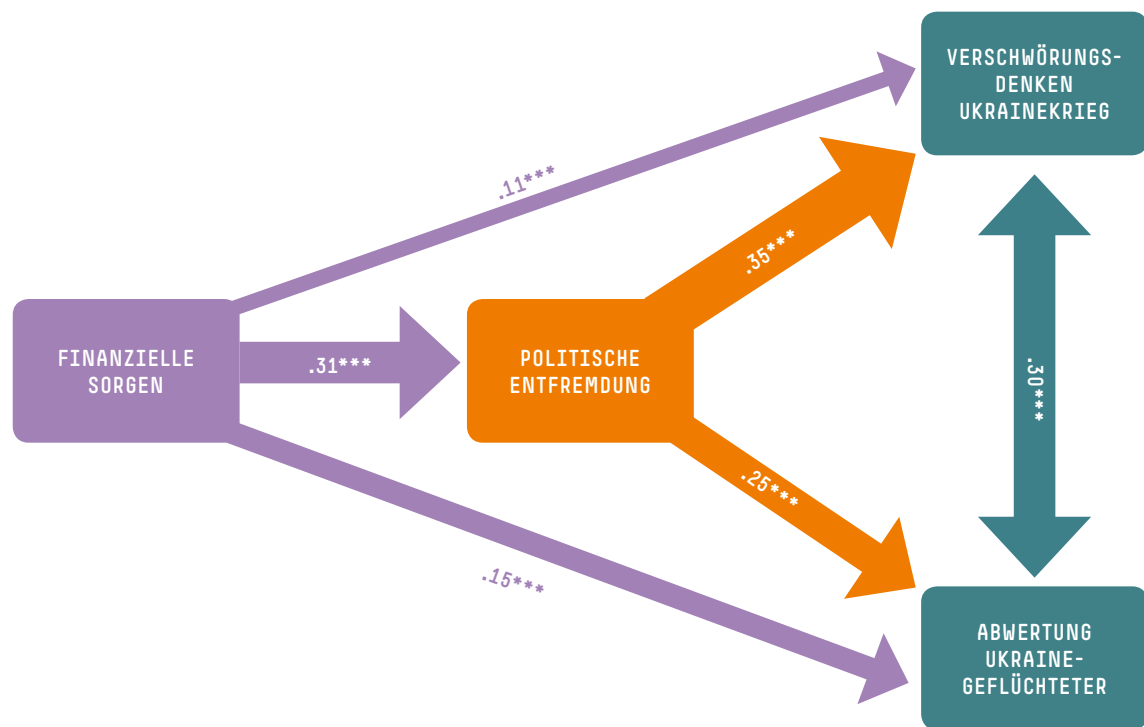
Für die Analysen wird eine Messung für „finanzielle Sorgen“ gebildet, bestehend aus den aktuellen Angaben der Befragten zu ihren Sorgen in den folgenden fünf Bereichen: gestiegene Preise, eigene wirtschaftliche Situation, berufliche Zukunft, eigener Arbeitsplatz und dass eigener Lebensstandard nicht gehalten werden kann. Hierzu ließ sich eine Skala aus den Antworten der Befragten erstellen, da diese Sorgen bei vielen Befragten gleichzeitig geäußert wurden (Cronbach's Alpha = 0,85). Zudem wird eine Messung erstellt, die mit „politische Entfremdung“ betitelt wird und eine Skala aus der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bezüglich des Ukrainekriegs sowie ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung und die Parteien umfasst. Auch hier äußerten die Befragten eher einheitlich hohe oder niedrige Werte auf die Aussagen, sodass sich die Variablen gut zu einer Skala zusammenfassen ließen (Cronbach's Alpha = 0,82). Das Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter werden in diesen Modellen als additive Mittelwertindizes gemessen. Dazu wird das Antwortverhalten der Befragten zu allen Aussagen aufaddiert und durch die Anzahl der Aussagen geteilt.¹³ Ein solch metrisches Skalenniveau ist Voraussetzung für zu erklärende Variablen in pfadanalytischen Modellen. Zudem hat es den Vorteil, dass es sich dabei um genauere Indikatoren mit zahlreichen Abstufungen handelt, die deutlich über die drei für die vereinfachende Darstellung im bisherigen Teil des Berichts verwendeten Kategorien „nicht zustimmend“, „ambivalent“ und „zustimmend“ hinausgehen.

Das betrachtete Modell (vgl. **Abbildung 25**) analysiert nun, welche Rolle finanzielle Sorgen für das Auftreten von Verschwörungsdenken und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter unter den Befragten einnehmen. Als Hauptvermittler wird eine politische Entfremdung angenommen, die – modellhaft formuliert – zwischen den Sorgen und den zu analysierenden Phänomenen liegt. Es kann damit

¹³ Die hier berücksichtigten Aussagen wurden anhand von 4-stufigen Skalen erhoben (1 = stimme überhaupt nicht zu, 2 = stimme eher nicht zu, 3 = stimme eher zu, 4 = stimme voll und ganz zu). Beispielsweise erhält dann eine Befragte, die zu den beiden Aussagen des Verschwörungsdenkens mit „stimme überhaupt nicht zu“ (Wert: 1) und „stimme eher nicht zu“ (Wert: 2) den Wert 1,5 (1+2/2) auf dem Mittelwertindex Verschwörungsdenken Ukrainekrieg.

Postuliertes Wirkmodell aus Sorgen und politischer Entfremdung sowie Verschwörungsdenken und Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine

Unter Kontrolle soziodemographischer Faktoren: Geschlecht, Alter, Einkommen, Schulabschluss, ***: $p < .001$



Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 4.975)

WSI

betrachtet werden, wie verbreitet der postulierte Pfad von finanziellen Sorgen über politische Entfremdung zu Abwertungen Ukraine-Geflüchteter und Verschwörungsdenken in den Daten ist.

Zudem wird in diesen Modellen zur Erklärung des Verschwörungsdenkens und der Abwertung Ukraine-Geflüchteter der Effekt der soziodemographischen Variablen Geschlecht, Haushaltseinkommen, höchster Schulabschluss und Alter statistisch kontrolliert. Das bedeutet, dass die im Folgenden beschriebenen Effekte unabhängig von diesen soziodemographischen Faktoren sind und gewissermaßen darüber hinaus vorliegen beziehungsweise nicht auf diese zurückgehen.

Was zeigen nun die Befunde der Pfadanalysen? Von enormer Bedeutung fällt zunächst die politische Entfremdung ins Auge, die sowohl auf das Verschwörungsdenken als auch auf die Abwertung Ukraine-Geflüchteter deutliche signifikante Effekte zeigt und somit eng mit ihnen zusammenhängt. Als hochrelevant erscheinen zudem aber auch die finanziellen Sorgen. Diese weisen erhebliche Zusammenhänge mit den hier interessierenden Phänomenen auf. Das Modell zeigt nun, dass die finanziellen Sorgen eng mit der politischen Entfremdung einhergehen, und damit

verknüpft mit den hier interessierenden Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen. Bei vielen Befragten zeigt sich also solch ein vermuteter komplexer Zusammenhang, sodass dies einen bedeutenden Wirkmechanismus sowohl zur Erklärung des Verschwörungsdenkens als auch der Abwertung Ukraine-Geflüchteter darstellt. Statistisch gesprochen sind dies indirekte Mediatoreffekte von finanziellen Sorgen auf Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter, die über die politische Entfremdung vermittelt werden. Das heißt aber keineswegs, dass finanzielle Sorgen zwangsläufig oder ausschließlich über die politische Entfremdung mit den beiden Phänomenen verknüpft sind. Das Modell zeigt auch eigenständige Effekte der finanziellen Sorgen auf das Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter, die unabhängig von der politischen Entfremdung sind und gewissermaßen ohne sie auskommen. Nur kommen diese eben seltener vor und sind somit weniger relevant, wie an den geringeren Effektstärken zu erkennen ist. Die politische Entfremdung erweist sich hier also als bedeutender Vermittler der finanziellen Sorgen auf das Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter. Nochmals zu betonen ist, dass sich

all dies unabhängig von soziodemographischen Faktoren zeigt und sich also nicht etwa nur auf benachteiligte Befragte beschränkt.

Erwähnenswert ist zudem, dass die dargestellten Befunde sowohl für die westdeutschen als auch die ostdeutschen Bundesländer gelten, wobei für letztere die Relevanz der finanziellen Sorgen nochmals höher ist als in den westdeutschen Bundesländern (siehe **Abbildung A4 im Anhang**).

9 ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Basierend auf den Befragungsdaten des HBS-Erwerbspersonenpanels konnte der vorliegende Report zahlreiche Befunde zum Verschwörungsdenken in Bezug auf den Ukrainekrieg und die Abwertung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine hervorbringen. Die wichtigsten werden im Folgenden nochmal zusammengefasst und diskutiert.

Verschwörungsdenken und abwehrende Haltungen gegenüber Ukraine-Geflüchteten finden Anklang bei einem nicht unerheblichen Teil der Erwerbspersonen in Deutschland. Zwar lehnen große Teile der Erwerbsbevölkerung die Aussagen ab (74 Prozent beim Verschwörungsdenken; 44 Prozent bei Abwertungen Ukraine-Geflüchteter), jedoch findet sich trotz der teilweise drastischen Formulierungen nicht unerheblicher Zuspruch zu den Aussagen: neun Prozent stimmen den Aussagen des Verschwörungsdenkens zu; 17 Prozent denen der Abwertung Ukraine-Geflüchteter. Im Falle der abwehrenden, negativen Einstellungen gegenüber Ukraine-Geflüchteten ist dies umso erwähnenswerter, da Befunde über Haltungen und Einstellungen zu Ukraine-Geflüchteten bisher kaum (oder gar nicht) vorliegen und die hier gezeigten nun das Bild der rein positiven und überwältigenden Willkommenskultur, die den Geflüchteten in Deutschland begegnete, trüben. Zu betonen ist hierbei, dass die Aussagen zur Messung der Abwertung explizit auch aus einer Konkurrenzperspektive formuliert wurden. Wie anschlussfähig in einer Zeit weit verbreiteter finanzieller Sorgen Zurückweisungen von geflüchteten Menschen sind, zeigt hier beispielsweise der Befund, dass fast 30 Prozent der Erwerbspersonen zustimmen, dass sich Geflüchtete aus der Ukraine „hier in Deutschland erstmal hintenanstellen sollten.“ Hier muss zudem bedacht werden, dass die Daten der Erhebung zu einem frühen Zeitpunkt der sich in der Zwischenzeit weiter zuspitzenden Energiekrise entstammen und es als plausibel erscheint, dass die darauffolgenden Preiserhöhungen weitere druckerzeugende Dynamiken und damit Wucht entfaltet haben. Hier gilt es unbedingt die weiteren Entwicklungen in den kommenden Monaten im Blick zu behalten. Die demokratische Gesellschaft ist gefordert, kurzsierenden Verschwörungserzählungen wirksam

entgegentreten und konstruktive Lösungsansätze, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar sind, von Scheinlösungen abzugrenzen. Es darf zudem nicht dazu kommen, dass in Krisensituationen wie dieser, die notwendigen Hilfsleistungen für geflüchtete Menschen instrumentalisiert werden, um die Stimmung gegen sie aufzubringen und sie stärker zur Zielscheibe von rassistischem Hass werden zu lassen.

Beide untersuchten Phänomene – das Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter erweisen sich als sehr eng miteinander zusammenhängend, da sie häufig von denselben Befragten geteilt werden und die Überlappung der Zustimmung erheblich ist. Dies verdeutlicht die Offenheit und Nähe des Verschwörungsdenkens gegenüber Abwertungen von als „fremd“ markierten Gruppen, die eindeutig als rechtspopulistisch eingestuft werden können. Dieser Befund passt in das Bild aus der Pandemie von scheinbar harmlosen Demonstrationen – teilweise als „Spaziergänge“ bezeichnet, auf denen zwar häufig darauf gepocht wurde, nur Maßnahmenkritik äußern zu wollen, aber gleichzeitig kaum Distanzierungen von mitlaufenden rechtsextremen Akteur*innen und ihren Inhalten erfolgten. Daraus gilt es unbedingt zu lernen, da es nun im Zusammenhang der Energiekrise erneut als erfolgsversprechend für rechte, anti-demokratische Akteur*innen erscheint, Proteste zu vereinnahmen und Themen als Propagandaplattformen zu nutzen, die stark durch Verunsicherungen geprägt sind.

Gewissermaßen folgerichtig ist dann auch der Befund, dass sich die besonders häufig zustimmenden Bevölkerungsgruppen bei den beiden Phänomenen kaum unterscheiden. Die Zustimmung für beide Phänomene ist deutlich verbreiteter unter benachteiligten Befragten in Bezug auf das Haushaltseinkommen und den Schulabschluss sowie etwas verbreiteter unter Befragten in ostdeutschen Bundesländern und unter jüngeren Befragten. Vor allem letzterer Befund ist hier außergewöhnlich, da er Befunden früherer Forschung zum Verschwörungsdenken, aber auch zu Abwertungen von geflüchteten oder migrierten Menschen in Deutschland widerspricht, die sonst häufiger unter älteren Menschen geteilt werden.

Die daran anschließenden Detailanalysen bestätigten und konkretisierten den Befund, indem herausgearbeitet wird, dass es vor allem bestimmte junge Befragte sind, die den Phänomenen besonders häufig zustimmen: die Verbreitung unter jungen – häufiger männlichen – Befragten mit Hauptschulabschluss und geringen Einkommen erweist sich als besonders hoch. Beunruhigend wird damit deutlich, dass diese Phänomene in der aktuellen Krise häufig bei jungen Menschen in benachteiligten Lebenslagen verfangen. Dennoch sollten diese Ergebnisse nicht dazu verleiten, die Phänomene ausschließlich dort – unter jüngeren, benachteiligten oder hoch besorgten Befragten zu verorten.

Auch unter Älteren, auch unter wenig benachteiligten, wohl-situierten Befragten lassen sich größere zustimmende Gruppen aufzeigen. Dies gilt es nicht zu vergessen und zeigt letztlich auch, dass die zu betrachtenden Ansätze zur Erklärung solcher Phänomene äußerst vielfältig und keineswegs durch die hier fokussierten erschöpfend erfasst sind.

Vor dem Hintergrund der aktuell hochkrisenbehafteten Zeit erweist sich der hier gewählte Fokus auf finanzielle Sorgen und Belastungen als sehr relevant. Vor dem Hintergrund aktuell stark verbreiteter (finanzieller) Sorgen erscheint der Befund der besonders häufigen Zustimmung unter besonders stark belasteten und finanziell besorgten Befragten als ebenfalls sehr beunruhigend. Bereits hier wird deutlich, wie sehr Verschwörungsdenken und abwehrende Haltungen gegenüber geflüchteten Menschen verfangen, wenn Menschen verunsichert sind und Kontrollverluste erleben.

Ebenfalls eindeutig und analog zu früheren Studien zu diesen Phänomenen sind dann auch die Befunde, dass sie besonders häufig bei denjenigen Befragten Anklang finden, die kaum oder gar kein Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen haben. Damit einhergehend ist auch, dass der Zuspruch außergewöhnlich häufig unter denjenigen erfolgt, für die die AfD oder die Nichtwahl die attraktivste Wahlentscheidung darstellt. Unter Nichtwählenden ist die Zustimmung zweifach erhöht; unter AfD-Wählenden sogar fast dreifach. Dies zeigt, dass hier zustimmende Befragte häufig den demokratischen Parteien den Rücken gekehrt haben und sich (wenn überhaupt) noch von der rechtspopulistischen AfD angesprochen fühlen.

Besonders interessante Einblicke ermöglichen dann die Analysen der früheren Einstellungen und Antworten der Befragten aufgrund der Panelstruktur der Daten. Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Stabilität der Zustimmung zum Verschwörungsdenken unter den Befragten: Die, die bereits zuvor Verschwörungsmythen zur Pandemie teilten, stimmen jetzt auch deutlich häufiger dem Verschwörungsdenken bezogen auf den Ukrainekrieg zu – teilweise fast viermal so häufig wie der Durchschnitt der Befragten. Dieser Befund verdeutlicht letztlich auch, wie austauschbar und anpassungsfähig der Inhalt der angeblichen Verschwörungen ist. Dies ist zudem im Einklang mit der Forschung zur Verschwörungsmentalität (Goertzel 1994; Imhoff/Bruder 2014; Imhoff/Lamberty 2020) als einer generalisierten politischen Einstellung, nach der Menschen dazu neigen, verschiedenen Verschwörungsmythen zuzustimmen – potenziell gar einander widersprechenden. Gestützt wird dieser Befund dadurch, dass sich das auch mit den sonstigen unkooperativen und aufbegehrenden Verhaltensweisen der Befragten während der Pandemie deckt, da ungeimpfte Befragte, Befragte die Proteste gegen die Corona-Einschränkungen unterstützten und Befragte, die die pandemiebedingten Grundrechte-Einschränkungen als unberechtigt

einstufen, auch deutlich häufiger dem Verschwörungsdenken in Bezug auf die Ukraine zustimmen.

Durchaus erstaunlich ist dann, wie deutlich sich dieses auch für die Zustimmung zur Abwertung Ukraine-Geflüchteter zeigt: Wer zu früheren Zeiten der Pandemie unkooperativ gegen den offiziellen Pandemiekurs aufbegehrte, teilt nun auch deutlich häufiger abwertende und ablehnende Haltungen gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine. Hier wird ersichtlich, wie sich einige Menschen eindeutig vom kooperativen und solidarischen Pfad verabschiedet haben und auch nicht vor geflüchteten Menschen Halt machen, denen häufig abwehrend und ablehnend begegnet wird. Diese Analysen verdeutlichen somit, wie stark sich das Klientel der Verschwörungsdenker*innen in Bezug auf den Ukrainekrieg, aber auch das derjenigen, die Ukraine-Geflüchtete abwerten, aus denjenigen zusammensetzt, die bereits zu frühen Zeitpunkten in der Pandemie gegen den Kurs zur Bekämpfung der Pandemie aufbegehrten.

Schließlich untermauern die abschließenden Pfadanalysen den hier im Report fokussierten Wirkmechanismus. Unabhängig der sozialen Lebenslage zeigt sich die große Bedeutung der finanziellen Sorgen und der politischen Entfremdung für das Äußern von Abwertungen und das Verschwörungsdenken. Die finanziellen Sorgen erweisen sich bei vielen Befragte als eng mit politischer Entfremdung verknüpft, welche wiederum den bedeutendsten Erklärungsfaktor für die hier untersuchten, Ausprägungen rechtspopulistischer Phänomene darstellt.

Diese Befunde unterstreichen – auch im Rückgriff auf die eingangs vorgestellten Theorien – die erhebliche Relevanz von Verunsicherungen und Kontrollverlusten, die besonders in Krisenzeiten hervortreten. Das Verschwörungsdenken kann hier zumindest als Versuch gedeutet werden, den empfundenen Kontrollverlust zu kompensieren (vgl. van Prooijen/Acker 2015). Ähnlich naheliegend ist auch die Interpretation, dass dem starken Motiv nachgegangen wird, sich selbst oder die Eigengruppe aufzuwerten. Dies ist denkbar sowohl durch das Abwerten anderer, die als Konkurrenten wahrgenommen werden, als auch durch die eigene Aufwertung als kompetente und einzig Wissende im Falle des Verschwörungsdenkens (vgl. auch Imhoff/Lamberty 2017; Lantian et al. 2017). Auch empfundene Ungerechtigkeiten wie beispielsweise die Wahrnehmung, man selbst (oder die Eigengruppe) werde benachteiligt, können hier wirken. Insgesamt erscheinen die Interpretationen entlang der verschiedenen hier fokussierten Motive somit als naheliegend und zentral.

Welch große Relevanz das ohnehin bereits in der Pandemie erodierte Vertrauen in politische Akteure – vorneweg in die Bundesregierung – für das Teilen verschwörerischer oder abwertender Einstellungen hat, kann in dieser Situation nicht ausdrücklich genug betont werden. Umso drängender und wichti-

ger ist es nun, dass die umfänglichen Hilfsversprechungen, wie sie zuletzt von Kanzler Scholz getätigt wurden („You’ll never walk alone“) auch tatsächlich eingehalten werden und nicht zu weiteren Enttäuschungen führen. Klar scheint, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen nicht nur deutlich stärker durch die Inflation belastet sind und diese Belastungen auch kaum (oder gar nicht) durch Rücklagen kompensieren können (vgl. Dullien/Tober 2022b). Bei ihnen fehlt aber darüber hinaus auch deutlich häufiger das Vertrauen in die Politik und auch die fokussierten Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen finden hier deutlich häufiger Zuspruch. Ob die jüngst bekanntgegebenen Maßnahmen des mittlerweile 3. Entlastungspakets insgesamt ausreichen werden, um für eine spürbare Entlastung, aber auch glaubhafte Vermittlung der wirksamen und prioritären Berücksichtigung dieser Gruppen sorgen können, ist somit von enormer Bedeutung – auch für die Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Es darf aber auch keineswegs der Eindruck entstehen, dass das Potenzial für anti-demokratische Mobilisierungserfolge lediglich dort – unter benachteiligten Bevölkerungsgruppen – zu finden sei. Die vorliegenden Analysen zeigen auf, dass sowohl die finanziellen Belastungen und politischen Entfremdungserscheinungen, aber auch die Ausprägungen rechtspopulistischer Einstellungen durchaus in privilegierteren Bevölkerungsgruppen verfangen und Verbreitung finden. Auch der fokussierte Wirk-Mechanismus aus finanzieller Belastung und politischer Entfremdung gilt unabhän-

gig der Benachteiligung. Die weit verbreitete und durchaus fundamentale Angst vor dem sozialen Abstieg und davor, seinen Lebensstandard nicht halten zu können, sollten politisch sehr ernst genommen werden. Vor diesem Hintergrund scheint es somit empfehlenswert auch für Entlastungen in der Breite zu sorgen – wenn auch mit einer nachgelagerten Priorität oder in geringerem Umfang. Darüber hinaus erscheint es generell bezogen auf den Politikstil als wichtige Herkulesaufgabe die richtige Ansprache und Moderation der angespannten Situation zu finden, um Sicherheiten in verantwortungsvollem Ausmaß zu vermitteln und gleichzeitig nicht zu viel zu versprechen in einer Krisenzeit, in der für Politiker*innen viele unbequeme Wahrheiten zu vermitteln sind.

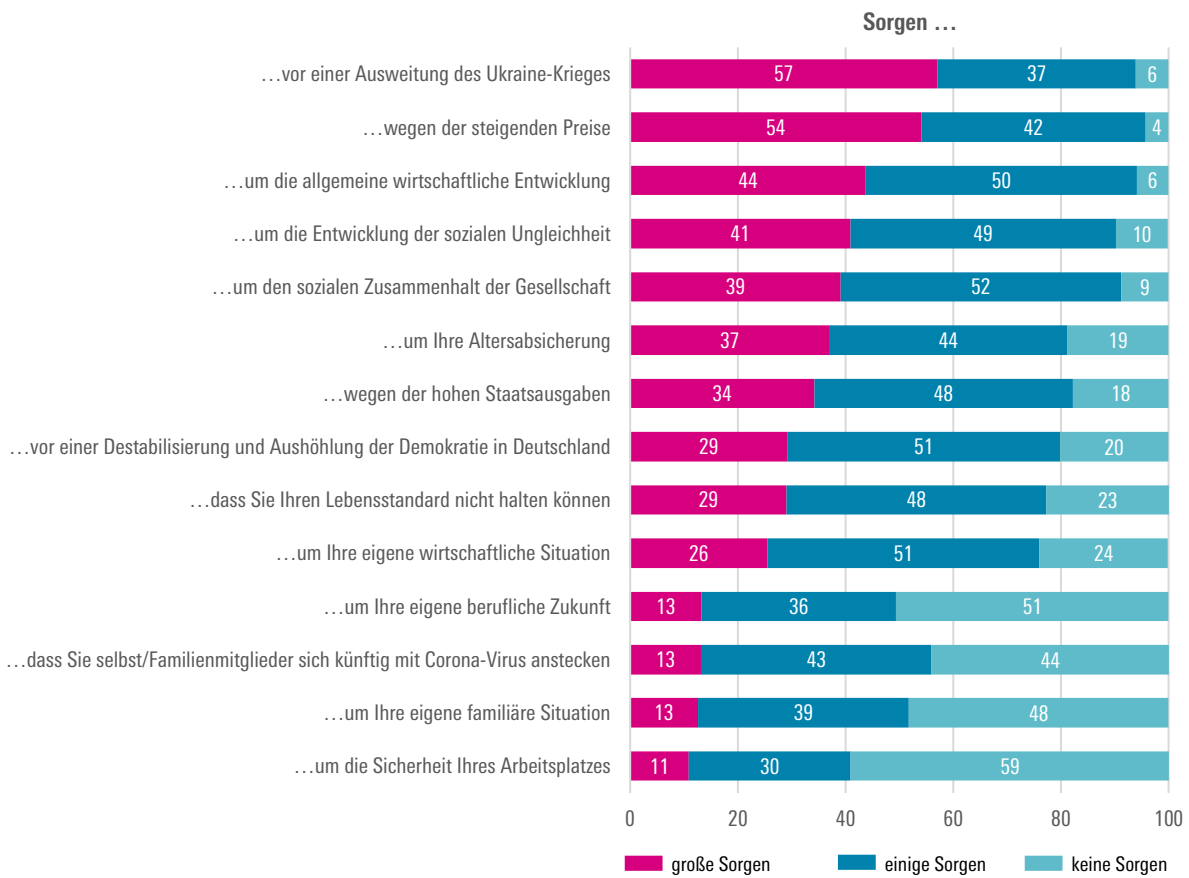
Die Fallhöhe und das Konfliktpotenzial scheinen somit insgesamt enorm – sowohl, wenn man das Ausmaß an Hilfsbedürftigkeit und empfundener sozialer Ungerechtigkeit bedenkt, als auch die Präsenz alternativer Deutungs- und Lösungsangebote extremer politischer Gruppen. Verschwörungsideolog*innen und Rechtsextreme stehen bereits in den Startlöchern, um diese Themen als Propagandafläche zu nutzen und mit ihnen im Herbst zu mobilisieren (vgl. Holnburger/Lamberty 2022). Von einem „Wutwinter“ und „heißen Herbst“ ist angesichts des auch hier angedeuteten großen Protestpotenzials die Rede. Klar ist – nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Befunde – dass das für den Herbst erwartete Mobilisierungsfeld, das die finanziellen Sorgen der Menschen anspricht, keinesfalls der extremen Rechten überlassen werden sollte.

- Behringer, Jan/Dullien, Sebastian (2022):** Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 125, Juni 2022, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008342/p_imk_pb_125_2022.pdf
- Betsch, Cornelia/Wieler, Lothar/Bosnjak, Michael/Ramharter, Michael/Stollorz, Volker/Omer, Saad/Korn, Lars/Sprengholz, Philipp/Felgendreff, Lisa/Eitze, Sarah/Schmid, Philipp (2020):** Germany COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO Germany): Monitoring Knowledge, Risk Perceptions, Preventive Behaviours, and Public Trust in the Current Coronavirus Outbreak in Germany, <http://dx.doi.org/10.23668/psycharchives.2776>
- Blalock, Hubert M. (1967):** Toward a Theory of Minority-Group Relations, New York
- Butter, Michael (2018):** Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien, Berlin
- Campbell, Donald T. (1965):** Ethnocentric and Other Altruistic Motives, Lincoln
- CeMAS (2021):** Die Bundestagswahl 2021. Welche Rolle Verschwörungsideologien in der Demokratie spielen, herausgegeben von CeMAS – Center für Monitoring, Analyse und Strategie, abrufbar unter: <https://cemas.io/publikationen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwörungsideologien-in-der-demokratie-spielen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwörungsideologien-in-der-demokratie-spielen.pdf>
- Cichoka, Aleksandra/Marchlewski, Marta/Golec de Zavala, Agnieszka/Olechowski, Mateusz (2016):** „They Will Not Control Us“: Ingroup Positivity and Belief in Intergroup Conspiracies, in: British Journal of Psychology, 107 (3), S. 556–576, <https://doi.org/10.1111/bjop.12158>
- Coenders, Marcel/Gijsberts, Mérove/Scheepers, Peer (2004):** Resistance to the Presence of Immigrants and Refugees in 22 Countries, in: Gijsberts, Mérove/Hagendoorn, Luuk/Scheepers, Peer (Hrsg.): Nationalism and Exclusion of Migrants, London, S. 97–120
- COSMO (2022):** Ergebnisse aus dem COVID-19 Snapshot Monitoring COSMO: Die psychologische Lage. Welle 61, KW 11, Stand 18.03.2022, abrufbar unter: https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/files/COSMO_W61.pdf
- Decker, Frank (2011):** Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Wielinga, Friso/Hartleb, Florian (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 39–54
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020):** Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Leipzig, S. 27–88
- Douglas, Karen M./Sutton, Robbie M./Cichocka, Aleksandra (2017):** The Psychology of Conspiracy Theories, in: Current Directions in Psychological Science, 26 (6), S. 538–542, <https://doi.org/10.1177/0963721417718261>
- Dullien, Sebastian/Tober, Silke (2022a):** IMK Inflationsmonitor. Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 123, Mai 2022, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008322
- Dullien, Sebastian/Tober, Silke (2022b):** IMK Inflationsmonitor. Preisanstiege bei Haushaltsenergie und Nahrungsmitteln dominieren Inflationsunterschiede im Juli 2022. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung: IMK Policy Brief Nr. 128, August 2022, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008376/p_imk_pb_128_2022.pdf
- Elias, Norbert/Scottson, John L. (1993):** Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M.
- Emmler, Helge (2022):** HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle VIII: Fragebogen und Codebuch. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Datenreport 02/2022, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.wsi.de/data/wsi_datenreport_2_2022_epb_welle_8.pdf
- Goertzel, Ted (1994):** Belief in Conspiracy Theories in: Political Psychology 15 (4), S. 731–742, <https://doi.org/10.2307/3791630>
- Häusler, Alexander/Küpper, Beate (2019):** Neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 147–172
- Heitmeyer, Wilhelm (2002):** Deutsche Zustände – Folge 1, Frankfurt a. M.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018):** Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1, Berlin
- Hövermann, Andreas (2020):** Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmuthe. Erkenntnisse aus zwei Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020 zu Einstellungen zur Pandemie und den politischen Schutzmaßnahmen. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 48, 10/2020, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-007886/p_wsi_pb_48_2020.pdf
- Hövermann, Andreas (2021):** Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmuthe bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Policy Brief Nr. 61, 10/2021, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008114/p_wsi_pb_61_2021.pdf
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina (2022):** Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie. Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf, abrufbar unter: https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008274

- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina/Voss, Dorothea (2022):** Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hans-Böckler-Stiftung: HBS Forschungsförderung Working Paper Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf, abrufbar unter: <https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008256>
- Holnburger, Josef/Lamberty, Pia (2022):** Krisenzeiten als Brandbeschleuniger rechtsextremer Mobilisierung. CeMAS Blogbeitrag vom 17.08.2022, abrufbar unter: <https://cemas.io/blog/krisenzeiten/>
- Imhoff, Roland/Bruder, Martin (2014):** Speaking (Un-) Truth to Power: Conspiracy Mentality as a Generalised Political Attitude, in: *European Journal of Personality* 28 (1), S. 25–43, <https://doi.org/10.1002/per.1930>
- Imhoff, Roland/Lamberty Pia (2017):** Too Special to be Duped: Need for Uniqueness Motivates Conspiracy Beliefs, in: *European Journal of Social Psychology* 47 (6), S. 724–734, <https://doi.org/10.1002/ejsp.2265>
- Imhoff, Roland/Lamberty, Pia (2020):** A Bio-weapon or a Hoax? The link Between Distinct Conspiracy Beliefs About the Coronavirus Disease (COVID-19) Outbreak and Pandemic Behavior, in: *Social Psychological and Personality Science* 11 (8), S. 1110–1118, <https://doi.org/10.1177/1948550620934692>
- Jackob, Nikolaus/Jakobs, Ilka/Quiring, Oliver/Schultz, Tanjev/Schemer, Christian/Ziegele, Marc (2019):** Medienskepsis und Medienzynismus. Funktionale und dysfunktionale Formen von Medienkritik, in: *Communicatio Socialis* 52 (1), S. 19–35, <https://doi.org/10.5771/0010-3497-2019-1>
- Jackob, Nikolaus/Quiring, Oliver/Schemer, Christian (2017):** Wölfe im Schafspelz? Warum manche Menschen denken, dass man Journalisten nicht vertrauen darf – und was das mit Verschwörungstheorien zu tun hat, in: Renner, Karl N./Schultz, Tanjev/Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Journalismus zwischen Autonomie und Nutzwert*, Köln, S. 225–249
- Jackson, Jay W. (1993):** Realistic Group Conflict Theory: A Review and Evaluation of the Theoretical and Empirical Literature, in: *Psychological Record*, 43 (3), S. 395–415
- KANTAR (2021):** Corona und Erwerbssituation. Welle 5. Methodenbericht Juli 2021, eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, abrufbar unter: https://www.wsi.de/data/wsi_methodenbericht_1_2021_epb_welle_5.pdf
- Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm (2010):** Demokratie auf dem rechten Weg? Entwicklungen rechtspopulistischer Orientierungen und politischen Verhaltens in den letzten 10 Jahren, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände, Folge 10*, Berlin, S. 87–104
- Kohlrausch, Bettina (2018):** Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Hans-Böckler-Stiftung: HBS-Forschungsförderung Working Paper Nr. 58, Februar 2018, abrufbar unter: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-006804/p_foe_WP_058_2018.pdf
- Kohlrausch, Bettina/Hövermann, Andreas (2022):** Neue Daten der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung Wirtschaftliche Belastungen und Sorgen durch Ukraine-Krieg und Inflation weiter verbreitet als auf Höhepunkt der Corona-Krise, Pressemitteilung vom 27.05.2022, abrufbar unter: https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2022_05_27.pdf
- Küpper, Beate/Schröter, Franziska/Zick, Andreas (2019):** Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn, S. 243–282
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021):** Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte – rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, S. 43–74
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas (2021):** Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte – rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, S. 283–299
- Lamberty, Pia/Goedeke Tort, Maheba/Heuer, Corinna (2022):** Von der Krise zum Krieg: Verschwörungserzählungen über den Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Gesellschaft, in: CeMAS Research Paper, Mai 2022, abrufbar unter: <https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwörungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/>
- Lantian, Anthony/Muller, Dominique/Nurra, Cécile/Douglas, Karen M. (2017):** I Know Things They Don't Know, in: *Social Psychology* 48 (3), S. 160–173, <https://doi.org/10.1027/1864-9335/a000306>
- MDR (2022):** Nur klare Entscheidungen können den Wut-Winter verhindern, Kommentar von Julia Krittian vom 05.08.2022, 16:20 Uhr, abrufbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/kommentar-krise-ukraine-corona-inflation-proteste-100.html>
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017):** *Populism. A Very Short Introduction*, New York
- Olzak, Susan (2013):** *Competition Theory of Ethnic/Racial Conflict and Protest. The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*, abrufbar unter: <https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbespm043>
- Papendick, Michael/Rees, Yann/Wäschle, Franziska/Zick, Andreas (2020):** Hass und Angriffe auf Medienschaffende – Eine Studie zur Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Angriffen auf Journalist*innen. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Bielefeld, abrufbar unter: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Studie_Hass_und_Angriffe_auf_Medienschaffende.pdf
- Pettigrew, Thomas F./Christ, Oliver/Wagner, Ulrich/Meertens, Roel W./Van Dick, Rolf/Zick, Andreas (2008):** Relative Deprivation and Intergroup Prejudice, in: *Journal of Social Issues* 64 (2), S. 385–401, <https://doi.org/10.1111/j.1540-4560.2008.00567.x>

- Pickel, Gert/Pickel Susanne/Yendell, Alexander (2020):** Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Leipzig, S. 89–118
- Preuß, Madlen (2020):** Elias' Etablierte und Außenseiter. Eine quantitativ-empirische Modellierung am Beispiel der deutschen Migrationsgesellschaft, Bielefeld
- Rees, Jonas/Lamberty, Pia (2019):** Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Bergman, Wilhelm (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn, S. 203–222
- Rees, Yann/Papendick, Michael (2021):** Misstrauen gegenüber Medien zwischen Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte – rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, S. 123–129
- Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005):** Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4), S. 644–666, <https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0>
- Runciman, Walter G. (1966):** *Relative Deprivation and Social Justice: A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth Century England*, Berkeley
- SZ (2022):** Flucht vor dem Krieg. Bund zahlt Milliarden für Ukraine-Flüchtlinge, Beitrag vom 08.04.2022, 7:46 Uhr, abrufbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-fluechtlinge-kosten-1.5563094>
- Tagesschau (2022):** Ukrainer in Deutschland – mehr als 600.000 Geflüchtete, Beitrag vom 05.05.2022, 8:28 Uhr, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/gefluechtete-ukraine-107.html>
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1986):** *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*, in: Austin, William G./Worchel, Stephen (Hrsg.): *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago, S. 7–24
- van Prooijen, Jan-Willem (2017):** Why Education Predicts Decreased Belief in Conspiracy Theories, in: *Applied Cognitive Psychology* 31 (1), S. 50–58, <https://doi.org/10.1002/acp.3301>
- van Prooijen, Jan-Willem/Acker, Michele (2015):** The Influence of Control on Belief in Conspiracy Theories: Conceptual and Applied Extensions, in: *Applied Cognitive Psychology* 29 (5), S. 753–761, <https://doi.org/10.1002/acp.3161>
- Wolf, Carina/Schlüter, Elmar/Schmidt, Peter (2006):** Relative Deprivation. Vergleichsweise schlecht, vergleichsweise feindselig, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände, Folge 4*, Frankfurt a. M., S. 67–85
- Zick, Andreas/Hövermann, Andreas (2010):** Keine Rücksicht auf Fremde und Hilfeempfänger. Die Folgen der Krisenbedrohung für die Entsolidarisierung, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände, Folge 10*, Berlin, S. 106–119
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021):** *Die geforderte Mitte – rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn

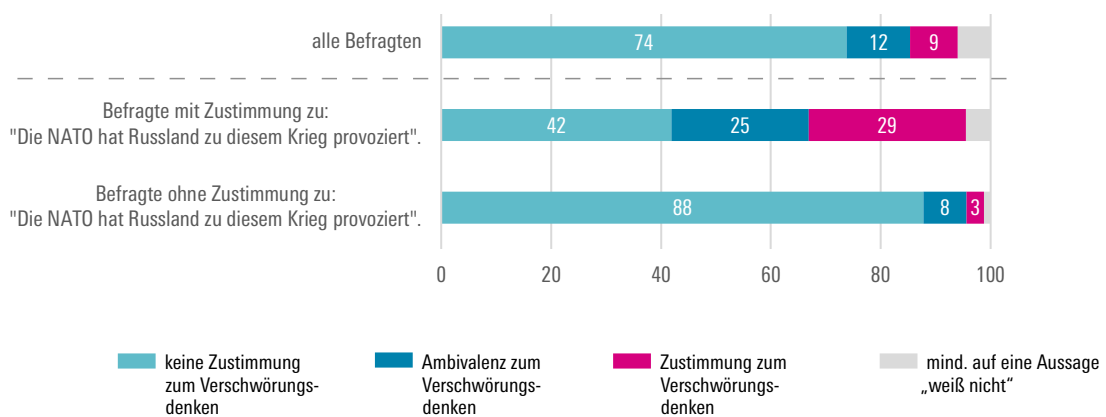
Ausmaß der Sorgen in ausgewählten Lebensbereichen
Angaben in Prozent



Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)



Zustimmung zum Verschwörungsdenken, nach Bewertung der NATO-Rolle
Angaben in Prozent



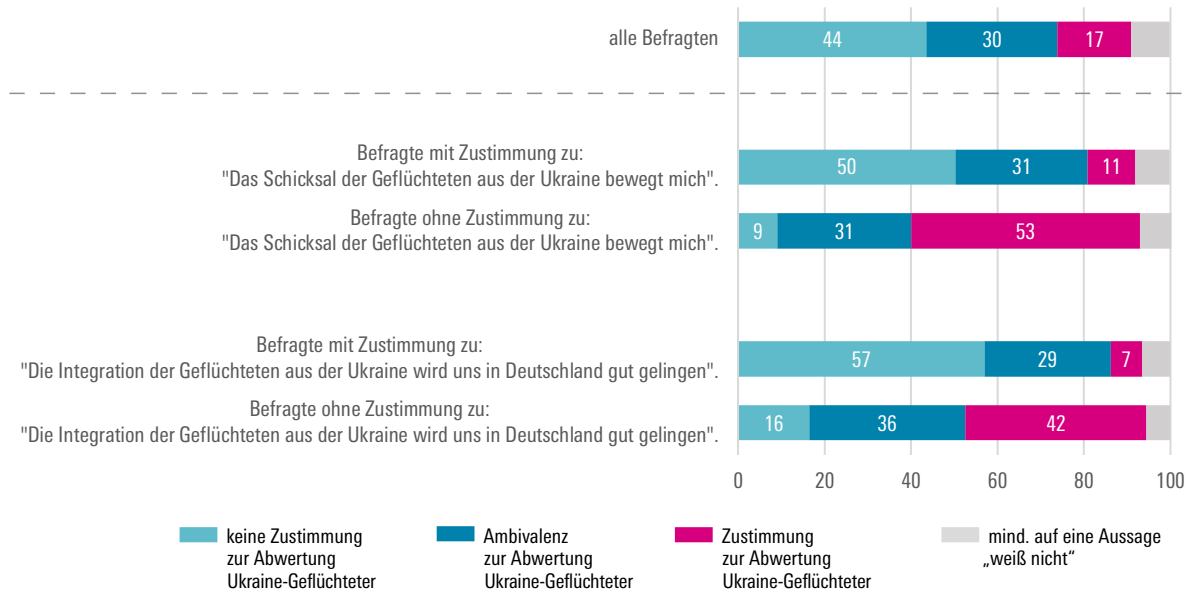
Anmerkung: Skalen siehe Abb. 2

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)



Abwertende Einstellung zu Geflüchteten aus der Ukraine, nach Anteilnahme an ihrem Schicksal und der Einschätzung der Integrationschancen

Angaben in Prozent

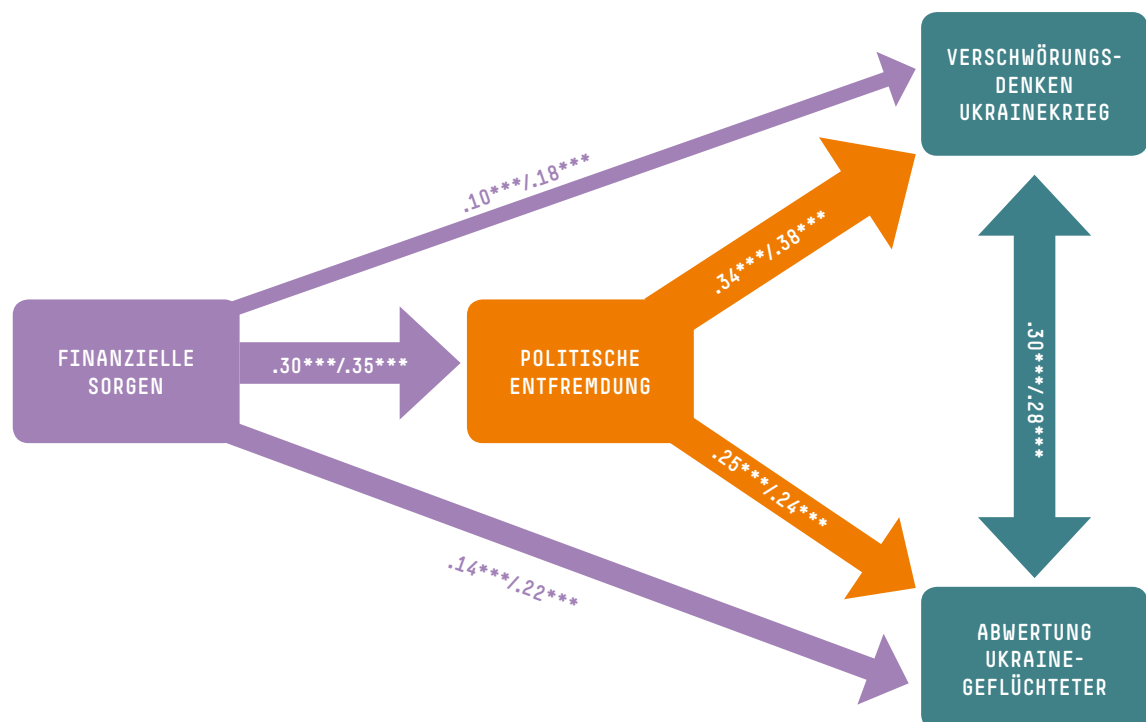


Anmerkung: Skalen siehe Abb. 4

Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N = 6.234)

Postuliertes Wirkmodell aus Sorgen und politischer Entfremdung sowie Verschwörungsdenken und Abwertung von Geflüchteten aus der Ukraine, nach West/Ost

Unter Kontrolle soziodemographischer Faktoren: Geschlecht, Alter, Einkommen, Schulabschluss, ***: p < .001



Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung 2022, Welle 8 (N West = 3.939 / N Ost = 778)

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 78, September 2022

Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-
Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 7778-15 0

rainer-jung@boeckler.de

Satz: Yuko Stier Grafikdesign

Kontakt

Dr. Andreas Hövermann

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (211) 7778-655

andreas-hoevermann@boeckler.de

www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der

Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International

(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)